

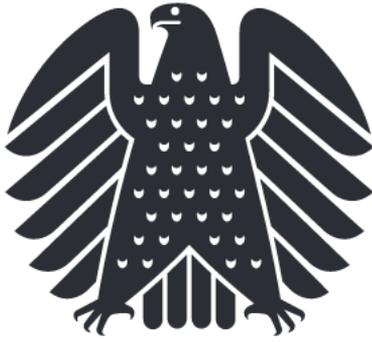
# Norbert Kleinwächter



im Bundestag für die Freiheit  
2017 - 2020



**Alternative**  
für  
Deutschland



## Norbert Kleinwächter

Mitglied des Bundestags

Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales

Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Mitglied der EC/DA-Fraktion in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Mitglied des Rechtsausschusses, des Ausschusses für Bildung und Medien sowie des Monitoring-Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Mitglied der deutsch-französischen Parlamentarischen Versammlung

Mitglied des Vorstands der deutsch-französischen Parlamentarischen Versammlung

Mitglied der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stellvertretender Leiter des Arbeitskreises EU der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Schriftführer des Bundestags

Mitglied der deutsch-französischen Parlamentariergruppe

Mitglied des Vorstands der deutsch-französischen Parlamentariergruppe

Mitglied der deutsch-amerikanischen Parlamentariergruppe

Mitglied der deutsch-chinesischen Parlamentariergruppe

Mitglied der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft

**Norbert Kleinwächter  
im Bundestag für die Freiheit  
2017 - 2020**

Dokumentation meiner Arbeit  
im Deutschen Bundestag und  
Erklärungen zur  
politischen Lage in Deutschland  
in den Jahren 2017 - 2020.

*Herausgeber:  
Norbert Kleinwächter, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin*

*Berlin, September 2020*





## VORWORT

---

Deutschland steht vor einer bedeutenden Zeitenwende. Die Corona-Epidemie ist mit ihren gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen eine Zäsur für die Welt. Es gibt ein Deutschland vor und eines nach Corona, und dieser tiefe Einschnitt soll auch für mich eine Gelegenheit sein, meine Tätigkeit im Deutschen Bundestag zu dokumentieren und sie in den Kontext der großen Themen unserer Zeit zu stellen.

Fast drei Jahre sind seit der Bundestagswahl 2017 vergangen. Es waren verlorene Jahre für die Bundesrepublik Deutschland und für die Europäische Union: Jahre des falschen Kurses gegen die Interessen der Bürger, Jahre der wirren und irren Migrationspolitik, der undurchschaubaren EU-Subventionen und -Eingriffe, des Abbaus der Meinungs- und Versammlungsfreiheit und der Zerstörung der Familie und der heimischen Wirtschaft. Es waren aber auch Jahre der harten und wichtigen Oppositionsarbeit der AfD-Fraktion im Bundestag: Wir kritisieren trotz aller Widrigkeiten schonungslos die Regierung und die Schwachstellen der anderen Fraktionen offenbart. Ich darf in den Ausschüssen für die Angelegenheiten der Europäischen Union, für Arbeit und Soziales sowie für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung an vorderster Front für eine Politik der Vernunft kämpfen und vertrete deutsche Interessen auch auf internationaler Ebene: als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats sowie im Vorstand der neu gegründeten Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung, wo es immer wieder um das Fundamentalste überhaupt geht: die Souveränität Deutschlands und unserer Rechtsetzung.

Ziel dieses Büchleins ist nicht, fast drei Jahre Parlamentsarbeit zu dokumentieren. Das wäre aufgrund der Fülle der Dokumente, Anträge, Anfragen, Papiere und Pressemitteilungen, die in dieser intensiven Tätigkeit entstehen, auch gar nicht möglich. Vielmehr will ich ein Bewusstsein schaffen für die großen Themen unserer Zeit, die ich parlamentarisch begleite, und einen Einblick in meine Arbeit für unser wunderschönes Heimatland geben.

Eine anregende und stets relevante Lektüre wünscht

Ihr

Norbert Kleinwächter

# INHALT

---

<b>I. Die politische Lage in Deutschland und Europa</b>	<b>3</b>
<b>II. Parlamentarische Arbeit im Bundestag</b>	
<b>Arbeit und Soziales</b>	<b>6</b>
Im Alter droht die Armut – keine Perspektive für die Rente?	6
Arbeitsmarktpolitik: Die Guten wandern aus	9
Befristung von Arbeitsverträgen am Pranger	10
<b>Bildung und Hochschule</b>	<b>11</b>
Mobile Studenten in Europa	11
Bildung und Wissenschaft in Afrika	12
Deutsche Auslandsschulen brauchen mehr Freiheiten	13
<b>Angelegenheiten der Europäischen Union</b>	<b>14</b>
Weniger EU ist mehr Europa	14
Der European Green Deal – Pakt gegen Wirtschaft und Bevölkerung	15
Die EU-Kommission schafft an und Deutschland zahlt	17
EU-Politik bedroht heimische Landwirtschaft	18
Wozu eine europäische Arbeitsbehörde?	19
Handel mit Pässen	20
Asyl: Das Land, wo Milch und Honig fließen	21
<b>Internationales</b>	<b>22</b>
Syrien: der wunde Punkt der internationalen Politik	22
Diplomatisches Versagen: Handelskonflikt mit den USA	23
China	24
<b>Einblicke in die parlamentarische Debattenkultur</b>	<b>26</b>
Zwischenrufe bei meinen Reden im Deutschen Bundestag	26
<b>III. Auswärtige parlamentarische Arbeit</b>	<b>29</b>
<b>Europarat</b>	<b>29</b>
Einsatz für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa	29
Auszüge aus meinen Reden im Europarat (Straßburg)	31
<b>Deutsch- französische Parlamentarische Versammlung</b>	<b>32</b>
Der neue Elysée-Vertrag: Aufbruch in den Zusammenbruch	32
Die deutsch-französische Parlamentarische Versammlung	33
<b>IV. Partei- und Wahlkreisarbeit</b>	<b>35</b>
Das Politische Kultur- und Seminarzentrum Falkenberg/Elster	35
Brandenburg: Initiative gegen Rundfunkgebühren	36
Ausgewählte Aktivitäten in den Brandenburgischen Wahlkreisen	36
Übersichten	39



# I. Die politische Lage in Deutschland und Europa

---

Nicht erst seit Corona befinden sich Deutschland und Westeuropa in einer Krise. Die Pandemie ist lediglich ein Brandbeschleuniger, nicht das Feuer selbst. Das gilt nicht nur für die Verstorbenen, von denen fast ausnahmslos alle eine erhebliche Vorerkrankung hatten, sondern auch für das politische und gesellschaftliche System unseres Landes. Dieses ist nämlich ebenfalls seit geraumer Zeit an dem misslungenen Umbau durch linke und grüne Kräfte erkrankt.

Der radikale Umbau der erfolgreich funktionierenden und auf bundesrepublikanischem Verständnis fußenden sozialen Marktwirtschaft begann mit den Vorbereitungen zum Vertrag von Maastricht 1992, in dem ein europäischer Überbau bislang unbekanntem Ausmaßes sowie die Wirtschafts- und Währungsunion im Euro festgeschrieben wurden. Zugleich wurden Produktionsketten und der Handel globalisiert und die Herstellung zentraler Güter ins Ausland, insbesondere nach Asien, verlagert. An die Stelle einer sozialen Marktwirtschaft, die unter Berücksichtigung sozialer Aspekte und der Hilfe für den Nächsten den Wohlstand im Lande vermehrt, trat der „globalisierte Wettbewerb“, dem die Politik nur durch Europäisierung und eine Verlagerung auf höhere Ebenen beizukommen glaubte. Diese Verlagerung der politischen Aufmerksamkeit hatte dramatische Folgen für die Bürger: Seit den 90er Jahren sinken die Reallöhne, seit Einführung des Euro verliert die heimische Währung massiv, die Sachwerte, insbesondere die Immobilienpreise, steigen ins Unermessliche, und sie gehören immer seltener den Deutschen selbst. Reichte früher ein Gehalt aus, um eine Familie zu ernähren und angemessen zu leben, ist heute von einem Gehalt oft nicht einmal die Miete mehr finanzierbar. Gehörten früher die meisten deutschen Unternehmen auch deutschen Investoren, ist heute der DAX bereits mehrheitlich in ausländischer Hand. Verlor damals jemand seine Arbeitsstelle, fand er sich in einem effektiven System der sozialen Sicherung wieder. Widerfährt jemandem heute ein solches Schicksal, landet er schnell auf der

gleichen Stufe wie der, der noch nie gearbeitet hat. Wir haben Geld fürs Ausland, internationale Politik und die EU, für Asylbewerber und Nierarbeitende, aber immer seltener für die eigenen Bürger, und unsere Staatsverschuldung steigt dabei stetig. Der dramatische Wohlstandsverlust wird durch den Trend kaschiert, dass alle arbeiten gehen sollen, die im arbeitsfähigen Alter sind. Die soziale Sicherung für Ehepartner, die sich nicht der Erwerbsarbeit, sondern der Familienarbeit widmen, wurde drastisch gekürzt. Die Definition der vom Grundgesetz besonders geschützten Familie wurde entkernt und ein Muster der Beliebigkeit eingeführt. Die Kindererziehung wie die Altenpflege wurden zunehmend institutionalisiert, Mobilität eingefordert – und am Ende wird heute oft eine niedrigere Lebensqualität erwirtschaftet als in früheren Tagen. Wir erkennen dies auch am ständigen Anstieg der sogenannten Zivilisationskrankheiten: Deutschland ist 2020 trotz aller Glücksatlanten ein gestresstes, unglückliches Land.

Der Vertrag von Maastricht sollte die Einheit Europas vorbereiten und einen wesentlichen Schritt zu den Vereinigten Staaten von Europa bilden. Der Euro wurde gleichsam zum goldenen Kalb erhoben: „Scheitert der Euro, scheitert Europa“, proklamierte Angela Merkel einst. Auf dem Weg dorthin wurde denn auch alles verziehen, was der Utopie der USE im Weg stand. Der Vertrag von Maastricht gab vor, dass kein Euroland eine Staatsverschuldung von mehr als 60% des Bruttoinlandsprodukts haben sollte, und nicht mehr als 3% Neuverschuldung jedes Jahr. Diese Regel ist vernünftig, denn schließlich gilt ein Schuldenstand, der höher ist, unter Volkswirtschaftlern als nicht mehr tilgbar. Im Jahr 2018 (das sind die neuesten vorliegenden Zahlen) stand Griechenland jedoch bei 176,7%, Italien bei 137,6%, Portugal bei 120%, Frankreich bei 101,2% und Spanien bei 98,8%, der Euroraum im Schnitt (!) bei 86,3%. Durch Instrumente wie den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM, für den Deutschland mit über 160 Mrd.



haftet, und die (ebenfalls verbotene) Finanzierung durch die Notenpresse der EZB versuchte man den strukturell insolventen Euroraum über Wasser zu halten und brach dabei sämtliche Regeln: Einst existierende Verschuldungsquoten, Staatsfinanzierungsverbote, Target-2-Ausgleichsregeln und Vorkehrungen für die nationale Souveränität gibt es nur noch auf dem Papier. Die insolventen Länder wollen, dass relativ wohlhabende Länder für sie haften und für ihre Fehler zahlen. Deutschland verliert seit Jahren einen erheblichen Teil seiner Produktivität an die EU und an die befreundeten Nachbarländer – und kassiert hierfür immer neue Forderungen. Und während Deutschland demnächst weit über 30, wohl eher 50 Mrd. Euro jährlich an die EU und noch viel mehr an die Nachbarländer abdrückt, steigt die Belastung für den deutschen Steuerzahler so sehr, dass er bald von seinem Gehalt nicht mehr leben kann. Rund die Hälfte des Verdienten geht schon jetzt an den Staat.

Die Sünden der Vergangenheit kumulieren in dieser Corona-Krise nun auf einmal: Die Globalisierung der Wirtschaft erweist sich als historischer Fehler, weil Lieferketten von einem Land abhängen, das nicht nur signifikant vom Coronavirus betroffen ist, sondern auch von einem erklärten Gegner unserer Werte gelenkt wird, der Kommunistischen Partei. Die KP war sich nicht zu schade, die eigene Bevölkerung digital zu überwachen und mit einem Social Score zu versehen, sich durch Währungsmanipulation Devisen zu erschwindeln, komplette Fabriken nachzubauen, Industriespionage in großem Stil zu betreiben und jegliches demokratisches Pflänzchen, wie zuletzt in Hong Kong, brachial niederzuschlagen. Die KP verheimlichte auch lange die Existenz des Coronavirus und behinderte Maßnahmen, die dazu beigetragen hätten, dass es sich nicht ausbreitet; sie verhaftete sogar den Arzt, der auf die Seuche hinwies. Wer mit dem erklärten Feind der sozialen Marktwirtschaft und der Demokratie wirtschaftet und diesen dadurch stärkt, macht sich selbst abhängig. Wir spüren diese Abhängigkeit nun mehr denn je, wenn es um die Beschaffung von Schutzkleidung und -masken geht, aber auch von allerlei Zulieferteilen und selbst von Nahrungsmitteln. Sogar die Erbse aus der Dose

kommt mittlerweile aus der Volksrepublik, wo sie mit Pestiziden hergestellt wird, die in der EU gar nicht erlaubt wären. Es ist eine Schande, dass sich China auch in Deutschland einkaufen konnte und kritische Infrastruktur, wie etwa das Unternehmen KUKA, ohne nennenswerten Widerspruch erwarb. Es ist ein Kennzeichen der Regierung Merkel, dass sie Despoten wie Xi Jinping, König Salman al Saud oder Recep Tayyip Erdoğan massiv unterstützt, zugleich jedoch mit dem Finger auf andere zeigt, die wahrlich nicht unser größtes Problem sind.

Auch die linke Familienpolitik, die auf eine Institutionalisierung von Erziehung statt elterlicher Betreuung und Liebe setzt, offenbart ihre deutlichen Schwachstellen in der Coronakrise: Viele können nicht arbeiten gehen, weil sie mittlerweile von Ganztagsbetreuungseinrichtungen oder womöglich sogar dem Schulessen abhängig sind. Statt eine Gesellschaft zu schaffen, in der Kindererziehung zu Hause willkommen und unterstützt ist, ist Deutschland zu einer Gesellschaft des Nichtzuhause-seins geworden, mit allen negativen Folgen: überlasteten Verkehrswegen und -mitteln, Umweltverschmutzung, Verstädterung, mangelnder Betreuung in Einrichtungen, persönlicher Entfremdung, Stress und sozialen Schieflagen. Erst in der Krise erkennen manche Menschen ihr Zuhause und ihre Familie wieder.

Die zunehmende Privatisierung und Umstrukturierung von Krankenhäusern hat zu einer signifikanten Verringerung von Intensivbetten und entsprechender medizinischer Ausstattung geführt. Die Ausdünnung, die von der Regierung unterstützt wird, ist nicht nur ein Problem für die ländliche Bevölkerung, deren Zugang zu adäquater medizinischer Betreuung immer schwieriger wird. In Zeiten von Corona ist die mangelhafte Ausstattung das zentrale Problem: Die Hygienemaßnahmen zielen darauf ab, nicht mehr COVID-19-Patienten mit schweren Krankheitsverläufen zu haben, als Intensivbetten zur Verfügung stehen. Hätten wir mehr Betten, bräuchten wir nicht so schwere Eingriffe in unsere Freiheit.



Letztere steht nun selbst zur Debatte: Nachdem Angela Merkel vor allem durch Serienrechtsbruch (Maastricht-Kriterien, Staatsfinanzierung durch die EZB, illegaler Atomausstieg, Bruch der asylrechtlichen Regelungen im Grundgesetz und anderen Gesetzen u. dgl. mehr) aufgefallen ist, weitet die Regierung einen Bundestagsbeschluss zum Haushalt bezüglich einer epidemischen Notlage zu einer Art Notstandsgesetzgebung für die Regierung aus. Ohne eindeutige, bewiesene Grundlage wird eine ganze Reihe von grundgesetzlich garantierten Freiheiten für die Bürger außer Kraft gesetzt. Versammlungsfreiheit und unternehmerische Freiheiten gibt es nicht mehr. Selbst vor einer Totalüberwachung per Corona-App schrecken führende Mitglieder der Bundesregierung nicht zurück. Aus dem mündigen Bürger wird der verängstigte Bürger.

Angst sollten die Menschen vor allem vor den wirtschaftlichen Folgen dieses Notstandshandeln der Regierung Merkel haben: Die zwangsverordnete Schließung von Geschäften und Unternehmen führt zur schwersten Rezession, die Deutschland je erlitten hat. Millionen von Menschen werden ihre Arbeitsplätze verlieren, hunderttausende Unternehmen ihre Pforten für immer schließen. Statt die Wirtschaft unter Berücksichtigung geeigneter Hygienemaßnahmen am Leben zu erhalten, träumt die Regierung Merkel von der „sozial-ökologischen Wende“ im „European Green Deal“ und sieht die Gelegenheit gekommen, die darniederliegende deutsche Wirtschaft gleich im ökosozialistischen Sinne wieder zu errichten. Ihre Programme für Selbstständige, Kleinunternehmer sowie die großen Konzerne vernachlässigen absichtlich den Mittelstand, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Und auch die Kurzarbeitergelder werden nicht ewig reichen. Die Regierung versucht, mit dreistelligen Milliardenbeiträgen den Ausfall von Geschäftstätigkeit zu kompensieren. Doch kann man die Wirtschaft nicht wie einen Film per Fernbedienung anhalten und weiterlaufen lassen. Jeder Tag bedeutet einen erheblichen Schaden für unsere Wirtschaft und damit für unser Land. Die Schließungen werden sich nicht gefinanzieren lassen, will sich Deutschland nicht für ein weiteres Jahrhundert verschulden.

Neben Deutschland gibt es dann noch die Länder wie Italien, Frankreich, Spanien und Portugal, die sich, wären sie Unternehmen, längst der Insolvenzverschleppung schuldig gemacht hätten. Der Bruch der Maastricht-Kriterien und das kompromisslose Ja zum Euro als alleiniges Allheilmittel werden zum Sargnagel des Deutschlands, wie wir es kennen. Nicht Rufe nach mehr Europa und mehr Globalisierung wären heute angemessen, sondern nach mehr nationalstaatlicher Verantwortung. Wir hätten diese Krise besser meistern können, wenn wir von Anfang an besser für uns selbst gesorgt hätten: mit einer stabilen Währung, regionalen Lieferketten, mit dem bewährten Gesellschaftssystem der sozialen Marktwirtschaft statt Utopien der Vereinigten Staaten von Europa, Euro-Transferexperimenten, grenzenloser Globalisierung mit Kapitalvernichtung und der alleinigen Orientierung am Wohl einiger Schwerreicher statt am Wohl des normalen Bürgers.

Die AfD fordert all dies von Anfang an und war bereits seit 2013 die richtige Antwort auf die heutige Krise. In der Krise, in der wir auf das Regierungshandeln nur marginalen Einfluss nehmen können, haben wir als Fraktion ein Positionspapier erarbeitet, dessen Punkt 10 aus meiner Feder stammte: Wir wollen die Wirtschaft sofort wieder anfahren – mit geeigneten Hygiene- und Schutzmaßnahmen – und wir hätten auch gewollt, dass die Christen das Osterfest in den Kirchen hätten feiern können. Im besten österlichen Sinne kann man Deutschland hier nur eine Auferstehung im Guten nach der Krise wünschen. Mit der Regierung Merkel wird diese indes sehr schwierig werden.



**Code scannen und lesen:**

**Positionspapier der AfD  
Fraktion zur Corona-Krise.**



## ARBEIT UND SOZIALES

---

### Im Alter droht die Armut – keine Perspektive für die Rente?

Man kann das Problem verschweigen, man kann es verleugnen, es existiert dennoch: Einer der Grundpfeiler der Selbstverständlichkeiten in Deutschland droht zusammenzubrechen. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, kann sich nicht mehr auf einen ruhigen Lebensabend im Wohlstand freuen. Die Rente stirbt einen langsamen, leisen und sicheren Tod.

Grund dafür sind die Systematik der Deutschen Rentenversicherung und die groben Versäumnisse der Bundesregierungen seit Adenauer. Das Rentensystem der Arbeiter und Angestellten ist ein reines Umlagesystem. Das heißt, dass die Beiträge, die jeder Einzelne einzahlt, sofort an die Rentner ausbezahlt werden. Es wird also nicht für die eigene Rente gespart, das Geld ist sofort weg. Dafür bekommt man lediglich als Anerkennung Entgeltpunkte, die dann beim eigenen Renteneintritt einen Wert zugewiesen bekommen und einen Rentenanspruch definieren. Diese Rentepunkte sind als Eigentum grundgesetzlich geschützt – ihr Wert jedoch nicht.



Zudem wurde das Rentensystem regelmäßig zur Spielwiese von Ideologen. Die Kasse wurde regelmäßig geplündert und mit versicherungsfremden Leistungen überfrachtet. Ein typisches und zugleich teures Beispiel ist die sogenannte Mütterrente: Eltern werden – unabhängig von ihrem Arbeitsbetrag zum

Rentensystem – für ab 1992 geborene Kinder drei Entgeltpunkte geschenkt. Diese mindern allerdings die Rentenauszahlung der Allgemeinheit, denn sie werden nur unzureichend aus der Staatskasse gegenfinanziert. Auch dieser Steuerzuschuss steigt un-  
aufhörlich: Lag der Steueranteil zur Rente noch vor wenigen Jahren bei ca. 30 Mrd. Euro pro Jahr lag, ist er mittlerweile auf fast 100 Mrd. Euro gestiegen und wird immer weiter in die Höhe schnellen. Die Steuermittel – schon jetzt ein knappes Drittel des gesamten Bundeshaushalts – können nur noch unter Mühen aufgebracht werden. Wie lange das so weitergehen kann, weiß niemand.



Das größte Problem des Rentensystems ist: Die Anzahl der Rentner explodiert im Vergleich zur Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Das liegt daran, dass in Deutschland – außer in der DDR zwischen ca. 1970 und 1990 – keine annehmbare Familienpolitik existiert hat. Die Leute entschieden sich gegen Kinder, weil man so viel besser dran war. Fertilitätsraten von 1,3 Kindern pro Frau reichen aber nicht zur Reproduktion einer Gesellschaft, und so verschiebt sich das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentnern.

Einerseits werden die Rentner mehr, denn nun erreichen die „Baby-Boomer“ das Ruhestandsalter. Andererseits werden sie auch älter, wenn man den Statistiken glaubt. Hieraus ergibt sich, dass der Altenquotient, also die Anzahl der zu versorgenden Rentner pro 100 Erwerbstätigen, von heute ca. 30 auf 50 im Jahr 2030 und 65 im Jahr 2060 steigt.

## II. Parlamentarische Arbeit im Bundestag

Ein gezahlter Rentenbeitragseuro muss dann mehr als doppelt so viele Alte versorgen. Und das bedeutet: Entweder müssen die Beiträge massiv steigen, die Bezüge ins Bodenlose fallen oder das Renteneintrittsalter auf über 71 erhöht werden.

Die Strategie der etablierten Parteien ist es, ihr eigenes Versagen zu verstecken und den Leuten nicht die Wahrheit zu sagen. Die Große Koalition hatte diese Aufgabe auch einer speziellen Rentenkommission übertragen wollen und den Auftrag gegeben, ein Konzept für einen „verlässlichen Generationenvertrag“ zu erarbeiten. Dieser Bericht wurde kurz vor Ostern vorgestellt und war eine Enttäuschung: Auf mehreren hundert Seiten Text ergab sich daraus überhaupt keine Reform für die dringend reformbedürftige Rentenversicherung. Alles soll beim Alten bleiben, alle 7 Jahre soll der Korridor von Sozialversicherungsniveau und Rentenbeitragssatz angepasst, den Leuten also reiner Wein eingeschenkt werden, Selbstständige will man in die gesetzliche Rentenversicherung zwingen und außerdem sollen alle quasi verpflichtend zusätzlich zu ihren erdrückenden Sozialversicherungs- und Steuerbelastungen privat vorsorgen. Die Bundesregierung hat es nicht einmal erfolgreich geschafft, ihre Verantwortung erfolgreich abzuschieben.

Bundessozialminister Heil (SPD) beschränkt sich darauf, mit Grund- und Respektrentendebatten die Sicht auf die Dinge zu vernebeln. Mit diesen Modellen, die nur einer kleinen Klientel Vorteile verschaffen, den Steuerzahler aber erhebliche Mittel kosten, möchte die SPD die Effekte ihrer eigenen Politik kaschieren: Sie selbst war es, die durch die Riester- und Rürup-Reformen der Schröder-Regierung die Axt an die Rente gelegt hat. Durch den von der SPD eingeführten Anteil riestergeförderter verzinsten privater Vorsorge und die Absenkung des Rentenniveaus hat sie die Leute im Alter ärmer gemacht. Schließlich bringen festverzinsliche Papiere im heutigen Negativzinsumfeld des Euro nichts ein und man kann wegen der Niedrigzinspolitik des Europrojekts fürs Alter nicht mehr sparen. Deshalb sind heute die Renten niedriger – und sollen jetzt durch erhöhte Beiträge und Steuerzuwendungen irgendwie aufpoliert werden. Damit all

das auch noch in einigen Jahren funktioniert, setzt die SPD ihre Hoffnungen auf das, was u.a. Martin Werding für die Bertelsmann-Stiftung ausrechnet: Das Rentenproblem wird auch effektiv gelindert, wenn man die Frauenerwerbsquote auf fast 100% anhebt und außerdem jährlich 500.000 Migranten in den Arbeitsmarkt integriert. Natürlich kann man für die Rente und für das Kaschieren des eigenen Versagens auch die kulturellen Grundsteine unseres Landes über Bord werfen, aber selbst das würde letztendlich nicht helfen. Hans-Werner Sinn hat nachgewiesen, dass der Import von Migranten der Rente nur dann nützt, wenn sie mindestens so viel verdienen wie der durchschnittliche Deutsche. Dass man mit der aktuellen Migrationspolitik der Bundesregierung davon weit entfernt ist, dürfte offensichtlich sein.

Nicht ohne Grund macht es sich daher die AfD bei ihrer Findung eines Rentenkonzepts nicht leicht. Eigentlich haben wir ja schon seit dem 2013er Grundsatzprogramm ein wirksames Rentenkonzept: Wir wollen raus aus dem Euro. Der Euro ist dafür verantwortlich, dass die private Komponente der Altersvorsorge nicht mehr funktioniert. Mit 0,01% aufs Sparbuch kann man keine Rücklagen fürs Alter aufbauen. Riester bringt nichts ein. Und die expansive Geldpolitik der EZB führt dazu, dass Sachwerte wie Aktien und Immobilien explodieren und eine noch nicht überschaubare Marktblase bilden. Hätten wir die D-Mark, hätten wir eine Währung und damit Löhne, Gehälter und Renten, die etwas wert sind. Wir hätten ferner annehmbare Zinsen. Und wir würden nicht ständig Geld drucken, was die Sachwerte in die Höhe treibt. Damit blieben Wohneigentum und Mieten erschwinglich. Zum Wohlstand im Alter gehört ja nicht nur die Seite der Einnahmen, sondern auch die der Ausgaben.



**Code scannen und  
anschauen:**

**Rede: Warum die Grund-  
rente grundfalsch ist  
vom 14.05.2020.**



Als Partei, die eine echte Alternative zu dieser Regierung ist, reicht uns das aber nicht, sondern wir wollen auch die Systematik ändern und so die Menschen vor Altersarmut schützen. Nachdem die Thüringer Landtagsfraktion mit ihrer „Produktivitätsrente“ einen ersten Aufschlag gemacht hatte, entwickelte ich im Sommer 2018 die 20/40/60-Rente. Kurz darauf folgte Jörg Meuthen mit seinem Konzept. Dem Aufruf des Bundesfachausschusses, Vorstellungen einzureichen, folgten über 40 weitere Papiere. Am Ende verblieben vor allem Thüringen, Meuthen und mein Konzept in der Diskussion in den sozialpolitischen Sprecherrunden und im Bundesfachausschuss der Partei. Die Priorität des Thüringer Modells ist die Abwendung der Altersarmut. Dafür sollen auch die Beiträge erhöht werden und es soll für ärmere Rentner einen Staatsbürgeraufschlag geben. Die Annahme ist, dass die steigende Produktivität dies refinanzieren wird.

Demgegenüber ist das Konzept von Meuthen ein komplettes Misstrauensvotum gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung. Er will die GRV abschaffen, Ansprüche abwickeln und die Menschen stattdessen mit einer auskömmlichen steuerfinanzierten Grundrente versorgen sowie ansonsten zur kapitalgedeckten Vorsorge motivieren. Das Konzept ist finanziell außerordentlich anspruchsvoll.

Mein Konzept begann als Studie darüber, was passiert, wenn man den Grund des Scheiterns der gesetzlichen Rente in das System integriert, nämlich die Tatsache, dass Rentner von Kindern, die sie nie geboren haben, Rentenzahlungen einfordern. Die Berechnungen mit einem eingeführten Kinderfaktor beweisen, dass die gesetzliche Rentenversicherung bis über das Jahr 2060 hinaus mit geringen Steuerzuschüssen zukunftsfähig ist und Menschen mit zwei oder mehr Kindern sehr komfortabel im Alter versorgt, wenn man alle versicherungsfremden Leistungen auslagert und den

generativen Beitrag zum Umlagesystem einbezieht. Daher ist der Kern der 20/40/60-Rente ein Drei-Säulen-System aus gesetzlicher Umlagerente, privater kapitalgedeckter Vorsorge und freien Investitionen. Wer keine Kinder hat, muss sich verstärkt kapitalgedeckt absichern. Mit zunehmender Kinderzahl aber übernimmt die GRV, deren Rentenauszahlung aus der Arbeitsleistung mit einem Kinderfaktor multipliziert wird, die Vollversorgung mit einer auskömmlichen Rente im Alter. Eine kapitalgedeckte Vorsorge ist so gar nicht mehr nötig, wenn man Kinder erzieht. Es wäre ein System, das die Kosten signifikant reduziert, Belastungen gerecht verteilt und vor allem den Menschen die Entscheidungsfreiheit gibt, ohne sie zu bevormunden.



In der Partei ist noch kein Konzept wirklich konsensfähig, weil die jeweiligen Nachteile (zu hohe Beiträge, zu hohe Risiken bei der Abwicklung der GRV, politische Risiken von Kinderfaktoren) gründlich analysiert und bewertet werden. Erste Entwürfe eines Leitetrags lassen jedoch ein verändertes Modell der gesetzlichen Rentenversicherung erwarten, das Familien stark entlastet und auch effektive Anreize zur kapitalgedeckten Vorsorge außerhalb von Riester setzt. So setzt der Entwurfskonsens wesentliche Teile der 20/40/60-Rente um und wird jedem, der finanziell und generativ nachhaltig agiert hat, ein angemessenes Auskommen im Alter ermöglichen. Mein Dank gilt allen Beteiligten in sozialpolitischen Sprecherrunden und Fachausschüssen sowie vor allem den Autoren der anderen diskutierten Konzepte, namentlich Jürgen Pohl und René Aust für das Thüringer Konzept sowie Prof. Dr. Jörg Meuthen und Dirk Friedrich für das Meuthen-Papier. Ihre gründlichen Analysen haben viel zu dieser wichtigen Debatte für unser Land beigetragen.



**Code scannen und anschauen:**

**Ausführliche Informationen zur 20/40/60-Rente.**

## II. Parlamentarische Arbeit im Bundestag

### Arbeitsmarktpolitik: Die Guten wandern aus

Jeder Gesellschaft stellt sich die wesentliche Zukunftsfrage, wie die Bedürfnisse des heutigen und des zukünftigen Arbeitsmarkts optimal abgedeckt werden: Von einer ausreichenden Anzahl passend qualifizierter Arbeitskräfte hängt der Erfolg der gesamten Volkswirtschaft ab.

In Deutschland fehlen aufgrund falscher Bildungspolitik und der zu geringen Fertilität in gewissen Branchen Fachkräfte. Darauf weisen Industrie und Arbeitgeberverbände schon seit 15 Jahren immer wieder hin. Wenig wurde jedoch getan. Im Jahr 2015 aber wurde die Problematik über Nacht zum brandaktuellen Thema erhoben: Der Beginn von Merkels Politik der unbegrenzten Immigration war der Startschuss für die öffentliche Diskussion um den angeblichen und tatsächlichen Fachkräftemangel im Arbeitsmarkt. Überall wurde verlautbart, dass mit den Flüchtlingen nun die Fachkräfte kämen, die Deutschland braucht. Zumindest handele es sich um ausreichend qualifizierte Personen, aus denen man schnell Fachkräfte machen könnte. Aufwändige Ausbildungs- und Arbeitsintegrationsprogramme der „Wir schaffen das“-Regierung sollten die überwiegend jungen Männer aus Syrien, dem Irak und Afghanistan, die nur im Einzelfall über eine grundlegende Schulausbildung verfügten, zu den Fachkräften der Zukunft machen. Selbst Studienplätze an Hochschulen sollten für die Migranten ohne klaren Aufenthaltsstatus geschaffen werden. Das neue Einwanderungsgesetz der CDU/CSU/SPD-Koalition sollte den „Spurwechsel“ hin zu einer Unentscheidbarkeit zwischen Asyl und Migration ermöglichen.

Diese Politik ist krachend gescheitert. Wenn die Kanzlerin sagt, Deutschland sei ein Einwanderungsland, dann sagt sie nur die halbe Wahrheit. Deutschland ist zum Einwanderungsland für scheiternde Unqualifizierte geworden, und zugleich zum Auswanderungsland für Gebildete und Hochqualifizierte.

Das Scheitern der hochgepriesenen Asylumigration dokumentieren die Statistiken über die Empfänger

von Hartz IV: Drei Viertel aller arbeitsfähigen Syrer beziehen diese Sozialleistung. Zudem sind mehr als ein Drittel aller Hartz IV-Empfänger Ausländer. Merkels Migration kostet uns Steuerzahler Milliarden.

Nicht weniger aufschlussreich ist der Blick in weitere Statistiken: Trotz wachsender Zuwanderung seit 2010 ist der Migrationssaldo der Hochgebildeten und -qualifizierten negativ. Deutsche Staatsbürger im Ausland haben eine höhere Bildung als die im Inland. Während 26,7 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung im Jahr 2017 einen Hochschulabschluss hatten, betrug der Anteil der deutschen Hochschulabsolventen unter den im europäischen Ausland lebenden Deutschen 54,5 Prozent (Euro-stat Pressemitteilung, 87/2018 – 28. Mai 2018). Die Differenz ist in kaum einem anderen europäischen Land größer. Im Jahr 2016 betrug die Zahl der dauerhaft im europäischen Ausland lebenden Deutschen mit Hochschulabschluss 281 000 (Eurostat, 1995 – 2018). Die Tendenz ist kontinuierlich steigend. All dies hat uns veranlasst, an die Bundesregierung eine kleine Anfrage „zur Auswanderung von Fachkräften und Talentabwanderung“ zur richten. Wir fragten, wie die Bundesregierung die Lage einschätzt und welche Maßnahmen bisher durchgeführt wurden oder werden, um die Abwanderung Hochqualifizierter zu verhindern. Die Antwort war schockierend. Die Bundesregierung negiert schlichtweg die Faktenlage, die sich aus internationalen Vergleichen ergibt, beruft sich auf die Untersuchung staatseigener Institutionen, die zum Ergebnis kämen, dass Deutschland ein attraktives Land für Hochqualifizierte sei, und lehnt es ausdrücklich ab, die Ursachen für die Abwanderung Hochqualifizierter zu erforschen. Wir alle werden die Folgen dieser Ignoranz noch erleben. Schon jetzt sinkt das Bildungs- und Wissenschaftsniveau in Deutschland. Wenn dann auch noch die guten Ingenieure und Ärzte auswandern, dann gute Nacht Deutschland.



**Code scannen und lesen:**

**Kleine Anfrage: Auswanderung von Fachkräften**



## Befristung von Arbeitsverträgen am Pranger

Mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland bekommen bei Einstellung nur einen befristeten Vertrag. Ich selbst hatte einen solchen und die meisten Freunde auch. Für die jungen Leute in meinem Alter sind Befristungen, gerade am Anfang einer Karriere, gang und gäbe geworden. Das hat auch einen Grund: Der Gesetzgeber hatte den Kündigungsschutz gestärkt und dafür Befristungen vereinfacht, um den Schutz der Arbeitnehmer zu erhöhen und gleichzeitig die Flexibilität der Arbeitgeber zu erhalten. Soll heißen: Die Befristung ist quasi als eine verlängerte Probezeit gedacht, und bewährte Mitarbeiter können sich sicherer fühlen.



Dramatisch wird es, wenn diese Befristungen immer weiter verlängert und niemals entfristet werden. Der Fall der Frau, die bei der Post 18 befristete Verträge in Folge hatte, ging durch die Presse. Doch auch im Lehrerberuf – meiner Branche – sind Befristungen ein gängiges Mittel geworden, um Geld zu sparen. Hunderttausende Lehrer werden, obwohl sie benötigt werden, nicht verbeamtet. Sie werden vielmehr formal als Vertretungslehrer am Schuljahresanfang ein-

gestellt und am letzten Schultag entlassen, und zwar aus einem sehr simplen Grund: Das spart Geld. Die Betroffenen zahlen es bitter mit permanenter Unsicherheit. Sie wissen nicht, ob sie drei Monate später noch einen Job haben werden, ob sie umziehen müssen, ob ihre Beziehung haltbar ist. Befristung ist etwas, was man Menschen nicht dauerhaft ohne gesellschaftliche Folgen antun darf und auch nicht sollte.

Und dennoch ist genau das möglich die alltägliche Praxis. Die gesetzlichen Regelungen im Teilzeit- und Befristungsgesetz lassen dies sogar explizit zu. Es gibt dort Befristungen mit Sachgrund und welche ohne. Die Befristungen ohne Sachgrund sind kein Problem, denn sie sind geregelt: maximal zwei Jahre, darin maximal dreimal verlängerbar, keine Folgebefristung. Nach 24 Monaten hat ein Arbeitnehmer also einen unbefristeten Vertrag oder der Arbeitgeber muss auf ihn verzichten.

Ist im Arbeitsvertrag ein Sachgrund enthalten, fallen jedoch alle Schranken: Es gibt keine Maximaldauer, Kettenbefristungen sind zulässig. Beinahe jeglicher Sachgrund zählt übrigens. „Ein sachlicher Grund liegt insbesondere vor, wenn zum Beispiel der betriebliche Bedarf nur vorübergehend besteht, in der Person des Arbeitnehmers liegende Gründe, welche diese Befristung rechtfertigen, die Befristung zur Erprobung erfolgt oder nur begrenzte Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Das heißt: fast jeder Grund zählt. Er kann zwar vor Gericht angefochten werden, weshalb Arbeitgeber, die nur kurz befristeten wollen, ohnehin keinen Grund anführen. Da die Befristungen mit Sachgrund aber fast alle Szenarien umfassen, die aus betrieblicher Sicht eine Befristung rechtfertigen könnten, ist die Befristung faktisch schrankenlos möglich.

Dieser Missstand ist von der SPD in die Debatte eingebracht – und sogleich mit einem völlig falschen Lösungsvorschlag verbunden worden. SPD, Grüne und Linke wollen die sachgrundlose Befristung abschaffen. Das ist jedoch der falsche Ansatz: faktisch würde dieser nur die Arbeitgeber zwingen, einen Sachgrund im Vertrag anzugeben. Danach wären die Angestell-



**Code scannen und anschauen:**

**Rede zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts**

## II. Parlamentarische Arbeit im Bundestag

ten schlechter gestellt als mit einer sachgrundlosen Befristung.

Für die AfD habe ich einen neuen Ansatz eingebracht: Nicht die sachgrundlose Befristung, die geregelt ist, sondern die Befristung mit Sachgrund gehört abgeschafft. Arbeitgeber brauchen eine gewisse Flexibilität

und müssen daher befristen können. Das ist kein Problem. Keinem Arbeitnehmer ist es jedoch zuzumuten, mehr als zwei Jahre in Unsicherheit zu verbringen. Daher wäre die Lösung einfach: Nicht die sachgrundlose Befristung, sondern jene mit Sachgrund muss abgeschafft werden.



**Code scannen und anschauen:**

**Interview - Teilzeit und Befristungsgesetz.**



**Code scannen und lesen:**

**Einbringung eines Gesetzentwurfes: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes.**

## BILDUNG UND HOCHSCHULE

### Mobile Studenten in Europa

Das Erasmus-Programm der EU ist eines der wenigen gelungenen Vorzeigeprojekte der EU. Für Studenten bietet das Programm die Möglichkeit schon während des Studiums Auslandserfahrungen zu sammeln. Jeder weiß, Reisen bildet. Das Programm soll auch zur Internationalisierung der Hochschulen beitragen, was insbesondere in Deutschland, wo man im Hochschulwesen zur Abschottung neigt, begrüßenswert ist. Insbesondere die herausragenden Hochschulen Großbritanniens und der Schweiz üben seit jeher eine große Anziehungskraft aus. Allein nach Großbritannien zog es im Jahr 2016 rund 5000 Studenten.

Infolge einer ungeschickten Verhandlungspolitik der EU schied die Schweiz aber schon vor vier Jahren aus dem Verbund aus und Großbritannien wird im Jahr 2021 folgen. All dies scheint Brüsseler Bürokraten nicht zu bekümmern. Man glaubt Klasse durch Masse ersetzen zu können und baut nun insbesondere auf weitere Partnerländer wie die Türkei. Vor allem will Brüssel mehr Geld. Die Mittel für Erasmus sollen im kommenden Haushalt mehr als verdoppelt werden. Man rechtfertigt dies, indem das Programm

auf weitere Personengruppen wie Azubis und Lehrer erweitert wird.

Da uns die Studentenmobilität am Herzen liegt, haben wir daher einen Antrag im Bundestag eingereicht, in dem die Wiederaufnahme der Schweiz und der Verbleib Großbritanniens im Kreis der Programmländer gefordert wird. Die Mittel sollen für dieses Programm dürfen erst erhöht werden, wenn entsprechende Vereinbarungen der EU mit Großbritannien und der Schweiz getroffen wurden.



**Code scannen und lesen:**

**Einbringung eines Antrages ins Parlament: Attraktivität des Erasmus-Programmes durch Teilnahme Großbritanniens und der Schweiz als Programmländer erhalten.**



**Code scannen und anschauen:**

**Rede im Bundestag zum Erasmus-Programm**



## Bildung und Wissenschaft in Afrika

Wenn man einmal nach den Ursachen fragt, warum es so viele Afrikaner drängt, ihre Länder zu verlassen, dann spielt fehlende Bildung und damit Berufsqualifikation eine zentrale Rolle. Es sind ja zum größten Teil nicht die afrikanischen Ärzte, Anwälte und Professoren, die den verzweifelten Weg über das Mittelmeer nach Europa suchen; insofern ist der Ansatz, Bildung und Wissenschaft in den entsprechenden Ländern zu fördern, begrüßenswert.

Wir haben uns einmal genauer angeschaut, was konkret getan wird, um die Situation in den Ländern zu verbessern. Anlass war ein Bericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der im parlamentarischen Ausschuss vorgestellt wurde. Wir haben das Konzept genauer geprüft und sehen einige grundsätzliche Probleme in dem Konzept. So wird die Überbevölkerung nur am Rande erwähnt. Bis zum Jahr 2030 wird aber die Bevölkerung des afrikanischen Kontinents laut UN-Prognose auf 1,7 Milliarden Menschen wachsen. Und schon heute sind einige hundert Millionen Afrikaner unterernährt. Hier müsste man auch mit Projekten ansetzen, die diese Zusammenhänge ins Bewusstsein bringen und einen Wandel bewirken könnten. In Ländern, die wesentlich auf die Erzeugnisse der Landwirtschaft angewiesen sind, müssten Projekte vorrangig sein, die der Modernisierung der Landwirtschaft dienen. Stattdessen setzt das Konzept der Bundesregierung auf die Modernisierung der Städte, die wegen der Landflucht der Bevölkerung maßlos expandieren. Gefördert wird damit ein Trend, der die Gräben zwischen reicher Stadt- und armer Landbevölkerung noch vertieft. Weitere Fragen stellen sich uns zur Zusammenarbeit der deutschen mit den afrikanischen Wissenschaftseinrichtungen. Deutsche Universitäten und Forschungsinstitute haben einen wichtigen Anteil an der Projektarbeit. Wie es aber nach Projektende weitergeht, ob die afrikanischen Partner in der Lage sein werden, die Projekte eigenständig weiterzuführen, ist eher ungewiss. Wir sehen uns dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ verpflichtet, weil wir davon überzeugt sind, dass es niemandem hilft, wenn Afrika dauerhaft am Tropf des reichen

Westens hängt. Wir haben auch einige Bedenken hinsichtlich der Umsetzbarkeit der Vorhaben und stellten der Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage hierzu einige Fragen. Denn viele dieser „deutschen“ Ideen scheinen den Ursprung in den Gender- und sonstigen Mainstreamideen einer gesättigten westlichen Gesellschaft zu haben und erscheinen dementsprechend praxisfern, auch wenn sie damit gerechtfertigt werden sollen, dass sie behaupten „afrikanische Sichtweisen“ einzubringen.

Kommen wir zum Ausgangsproblem der Abwanderung zurück. Wenn die Ausbildung von Wissenschaftlern und Fachkräften in Afrika funktioniert, dann muss auch noch gewährleistet sein, dass diese qualifizierten Personen in ihren Ländern zur Verbesserung der Lebenssituation beitragen. Viele finden aber keine adäquate Arbeit und wandern in die reichen Industrieländer aus. Das mag zwar für uns von Vorteil sein, weil wir gut ausgebildete Arbeitskräfte suchen. Für Afrika ist es aber eine Katastrophe.



**Code scannen und lesen:**

**Kleine Anfrage zur Afrika-Strategie der Bundesregierung in den Bereichen Bildung und Wissenschaft.**

## II. Parlamentarische Arbeit im Bundestag

### Deutsche Auslandsschulen brauchen mehr Freiheiten

Wenn die Bundesregierung im Bildungsbereich zusätzliche Investitionen plant, dann ist das ein Warnsignal. Förderung ist fast immer an ideologische Einflussnahme gebunden, sei es durch Gendermainstreaming, Inklusion oder Themenfokus. Das Auslandsschulwesen war bislang weitgehend frei von solcher externen Beeinflussung. Ein Antrag der Großen Koalition sollte dies ändern. Die AfD lehnte diesen Antrag ab und ich hielt im Plenum eine Rede hierzu. Natürlich wollen auch wir das Auslandsschulwesen fördern, weil es wichtige Aufgaben erfüllt, wie die Versorgung im Ausland lebender deutscher Familien mit einer deutschen Schulbildung. Und natürlich begrüßen wir die Funktion dieser Schulen, Brücken zu anderen Kulturen zu bauen. Die Große Koalition hingegen verfolgt mit ihrer Bildungs- und Kulturpolitik andere Zwecke. Sie will mit entsprechenden Zielvorgaben die deutschen Auslandsschulen auf Linie bringen, damit auch noch die deutsche Schule in Tripolis vom neuen Geist deutscher Bildungs- und Kulturpolitik durchdrungen wird. Auch an deutschen Inlandsschulen kennen wir diesen Geist nur zu gut: Er ist von Intoleranz gegen abweichende Gesichtspunkte durch die strikte Einhaltung politisch korrekter Lehrpläne geprägt. Natürlich mag man diese Einflussnahme nicht offen zugeben. Tatsächlich schränkt man aber die Gestaltungsspielräume der Auslandsschulen allein schon durch die Systeme der Personalpolitik (Bestimmung des Schulleiters), Schulinspektionen und Rechenschaftslegung ein. Ich habe in meiner Rede auch die Erweiterung dieses Kontrollsystems und der direkten Einflussnahme kritisiert.

Die Förderinitiative der Bundesregierung versteht sich auch als Teil einer Fachkräfteeinwanderungsstrategie. Deren Ziel ist es, Schüler, die oft nicht einen deutschen Hintergrund haben, für die deutsche Industrie zu rekrutieren. Die Regierungsparteien hoffen zusammen mit den Grünen, dass qualifizierte Absolventen der deutschen Auslandsschulen „an deutschen Hochschulen studieren“ und idealerweise „das gesamte Berufsleben bei uns verbringen“. Zu diesem Zweck wollen Sie möglichst früh berufliche Bil-

dung in die Lehrpläne integrieren. Abgesehen davon, dass auf diese Weise nicht das Desaster der verfehlten deutschen Einwanderungspolitik wiedergutmacht werden kann, werden qualifizierte junge Menschen aus anderen Ländern abgeworben, die dort oft gebraucht werden. Was die Regierung zusammen mit den Grünen betreibt, ist nichts weiter als eine postkolonialistische Arbeitsmarktpolitik.

Wir von der AfD stellen uns die Förderung der deutschen Auslandsschulen anders vor: ideologie- und zweckfrei. Wir sind einem humanistischen Bildungsideal verpflichtet. Wir wünschen uns, dass die exzellenten deutschen Bildungsstätten im Ausland weiterhin in der Lage sind, auf hohem Niveau die deutsche Kultur und Sprache zu vermitteln. Wir sehen vor allem im Lehrermangel ein bedrohliches Phänomen, das aber nicht durch mehr Werbetrommeln, wie im Antrag der Regierung gefordert, bekämpft werden kann, sondern durch erhöhte Zuschüsse für ausreisende Lehrer und für die finanziell benachteiligten Ortslehrkräfte. Letztere müssen den entsandten Lehrkräften gleichgestellt werden.

Es ist notwendig, den Deutschunterricht zu fördern, damit an den Schulen, in denen deutsche Kinder in der Minderheit sind, Abschlüsse denen deutscher Inlandsschulen gleichwertig sind. Außerdem muss den Schulen Autonomie zugestanden werden, da sie ohnehin den Großteil des Budgets selbst erwirtschaften. Auch begrüßen wir die Vielfalt kultureller und pädagogischer Konzepte, die frei von ideologischer Einflussnahme ist, auch nicht durch Institutionen des jeweiligen Gastlands. An einer deutschen Auslandsschule in der Türkei wurde beispielsweise die Thematisierung der Weihnachtstradition verboten.

Unser pädagogisches Leitbild ist das des selbständig denkenden Bürgers. Wir wollen, dass die deutschen Auslandsschulen für alle Beteiligten, für die Schüler, deren Eltern und die Lehrer attraktiv bleiben.



**Code scannen und  
anschauen:**

**Rede im Bundestag zu  
Deutschen Auslands-  
schulen**



## ANGELEGENHEITEN DER EUROPÄISCHEN UNION

---

### Weniger EU ist mehr Europa!

Es heißt immer, die Menschen seien „für Europa“. Doch für welche Form der europäischen Zusammenarbeit sind sie wirklich? Wie intensiv europäische Zusammenarbeit wirklich sein sollte und auf welchen Gebieten sie stattfinden sollte (und wo nicht), ist eine Gretchenfrage, die die AfD seit ihrer Gründung auf allen Ebenen stellt – im Bundestag, im sogenannten Europäischen Parlament und selbst in den kleinsten kommunalen Einheiten.



Natürlich ist europäische Zusammenarbeit richtig und gut – so wie sie in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft funktioniert hat. Alle gewinnen durch gemeinsamen Handel und den Abbau wirtschaftlicher Beschränkungen. Falsch ist jedoch die Zentralisierung politischer Handlung in Brüssel, das hierfür gar nicht zuständig ist: Die Migrations- und Bevölkerungspolitik, Umweltauflagen, Klimaschutz, Wirtschafts- und Währungspolitik, Familienpolitik, Bildungspolitik und Verkehrspolitik etwa gehören nicht auf die supranationale Ebene. Genau dafür wird aber immer mehr Geld von der EU im sogenannten „Mehrjährigen Finanzrahmen“ verlangt. Die Mitgliedsländer zahlen hierfür Beiträge im Anteil vom Bruttonationaleinkommen – ein Maßstab, der dafür sorgt, dass Deutschland 24% des EU-Budgets leistet und aufgrund der Berechnungsmethode zudem übermäßig belastet wird.

Die größte Verfehlung indes ist der Euro. Aus ideologischen Gründen wurde den EU-Mitgliedsländern eine Währung aufgezwungen, die nicht funktioniert und auch nie funktionieren konnte. Die Geldpolitik ist die wichtigste Form der Wirtschaftspolitik. Leitzinsen regeln die Investitionsfreudigkeit, die Geldmenge die Steigerung des Preisniveaus. Auf- und Abwertungen gegenüber anderen Währungen machen die eigene Wirtschaft wettbewerbsfähiger oder aber die Summe der Leistung wertvoller. Gerade deshalb muss eine Währung (und ihre Geldpolitik) dem jeweiligen Wirtschaftsraum optimal angemessen sein. Der Euro jedoch überspannt verschiedenste Wirtschaftsregionen, für die jeweils unterschiedliche geldpolitische Instrumente angebracht wären. Deutschland fuhr mit der Inflationsstabilitätspolitik der Bundesbank hervorragend und die D-Mark wertete konsequent auf. Die Politik der Geldschwemme und des Billigzinses ist allein für hochverschuldete Länder wie Italien und Frankreich angemessen, die zudem jedoch eigentlich abwerten müssten. Seit 1999 ist das jedoch nicht mehr möglich, und die katastrophalen Folgen sehen wir heute.



Oft bin ich von Parteifreunden gefragt worden, ob ich nicht ins EP nach Brüssel wechseln möchte. Mein Ziel ist jedoch nicht, Rädchen im System zu verstellen, sondern die Europäische Union grundlegend zu reformieren, weg vom überbordenden Supranational-

## II. Parlamentarische Arbeit im Bundestag

staat wieder hin zum Vorbild der EWG nach den Römischen Verträgen. Eine solche Reform kann jedoch immer nur von den Nationalstaaten selbst ausgehen. Sie können die EU gem. Art. 50 EUV verlassen, wofür sich die Briten nach reiflicher Überlegung entschlossen hatten. Sie können aber auch gemäß Artikel 51 neue Verträge vorschlagen, und das muss das Ziel auf der parlamentarischen Ebene des Bundestags sein.

Die Europäische Union bestimmt mittlerweile in fast allen Bereichen unseres Lebens und unserer Politik mit, ohne dafür ein echtes demokratisches Mandat zu besitzen. Demnach ist die Forderung nach einer fundamentalen Reform der Europäischen Union wohl die wichtigste, die ich im Laufe meines Mandats gestellt habe. Am 15.03.2019 wurde dann der Antrag „Ein Europa der Zusammenarbeit souveräner

### Der European Green Deal – Pakt gegen Wirtschaft und Bevölkerung

Ein zentrales Kennzeichen der Politik in den letzten beiden Jahren war, dass sie vor allem von Personen bestimmt worden ist, die nie jemand wirklich gewählt hat. Greta Thunberg ist beispielsweise allen bekannt. Das TIME-Magazine kürte sie zur „Person of the Year“, die UN ließ sie vor der Vollversammlung sprechen und die dort versammelten Vertreter aller Regierungen der Welt schelten, der Alternative Nobelpreis wurde ihr verliehen. Egal ob sie auf einem Segelboot oder auf dem Boden eines ICE saß, wurde darüber berichtet. Es ist schon erstaunlich, dass wir nicht über jeden Toilettenbesuch informiert waren. Und wofür? Dafür, dass die junge Dame konsequent gegen unsere Art des Wirtschaftens und gegen die ältere Generation hetzt und sie psychotisch behauptet, man habe ihr ihre Jugend gestohlen. Scheinbar hat sie sich noch nie mit Kobalt schürfenden Jungen in Afrika unterhalten. Stünde ein beliebiges Mädchen mit solchen Ansichten auf einem beliebigen deutschen Marktplatz, hätte man sie mindestens nicht beachtet oder aber vorsichtshalber in eine psychiatrische Behandlung überwiesen. Greta Thunberg stand der Legende nach ja alleine auf einem Marktplatz, tat ihre Meinung kund und die Welt entdeckte sie und ihre Weisheiten. Linksorientierte Kräfte weltweit beklat-

Nationen“ behandelt, der hier aufgrund seiner Bedeutung behandelt wird. Weniger EU ist mehr Europa!



**Code scannen und lesen:**

**Elysée als Vorbild – Für ein Europa der Zusammenarbeit souveräner Nationen**



**Code scannen und anschauen:**

**Rede im Bundestag zur EU souveräner Nationen.**

schen sie und ihre Worte, und diese Worte und ihre mediale Inszenierung haben gravierende Folgen.

Eine andere nie gewählte, aber ständig beachtete Person ist Luisa Neubauer, Mitglied der Grünen und Gretas Stellvertreterin in Deutschland. Sie hielt tagesschaurelevante Vorträge vor Aktienkonzernen und jüngst bot ihr Siemens-Chef Kaeser einen Sitz im Aufsichtsrat an. Eine feine Karriere für eine junge Studentin. Und drittens gibt es Ursula von der Leyen, die gescheiterte Verteidigungsministerin. Niemand hatte sie auf dem Schirm. Schließlich sollte die





Bestimmung des nächsten EU-Kommissionspräsidenten doch Sache der Wähler sein. Man gaukelte ihnen vor, die EU demokratisieren zu wollen, und so stellten die großen europäischen „Parteienfamilien“ Manfred Weber, Frans Timmermans und Margarete Verstaeger auf, die sich einem engagierten Pseudowahlkampf hingaben. Dabei hatten, wie Recherchen der FAZ beweisen, Merkel und Macron bereits in Merseberg abgekartet, dass keiner der drei EU-Kommissionspräsident werden sollte. Vielmehr war schon vor der Wahl klar: Kommissionspräsidentin wird Ursula von der Leyen, und sie wird eine klare Agenda haben: von oben die Wirtschaft in der Europäischen Union radikal umzubauen.

So kam es dann auch: Von der Leyen, nicht einer der Spitzenkandidaten, wurde Präsident, und sie legte unverzüglich, ganz im Geiste einer Greta Thunberg oder einer Luisa Neubauer, einen „Green New Deal“ vor, der in Europa umgesetzt werden müsste: Drastische Treibhausgaseinsparungen, der forcierte und zur Not mit Notstandsgesetzen durchgepeitschte Umbau der Wirtschaft und die fortgesetzte erhebliche steuerliche Belastung der Bürger sind in diesem Plan festgeschrieben. Von ähnlichen Inhalten hatte man seit dem Ende der DDR allerhöchstens im Wahlprogramm der Grünen gelesen, die mit ihren mickrigen x% europaweit nicht als mehrheitlich demokratisch gewählt angesehen werden können. Von der Leyen setzt nun um, was niemand gewählt hat, und sie knüpft in Form und Inhalt an eine wenig segensreiche Tradition an.



Ähnlich wie im Sozialismus wird ein Programm, das beinahe ausschließlich aus Regulierung und Verboten besteht, als Konjunkturprogramm für Wirtschaftswachstum verkauft. In Wahrheit geht es im „Green Deal“ darum, möglichst viele Technologien zu verbieten: Verbrennungsmotoren, Heizsysteme und selbst die aktuellen Technologien der Stahlproduktion sollen abgeschafft und „dekarbonisiert“ werden. Von den Bürgern wird verlangt, auf eigene Kosten ihre Immobilien zu dämmen und aufwendig energetisch zu sanieren, und damit sich ja niemand beschwert, soll auch ein umfangreiches Bildungsprogramm mit Lehrplanverpflichtung an den Schulen dafür sorgen, dass jeder gut findet, wenn wir massive Firmenabwanderung, Produktionsabfälle und Arbeitsplatzverluste zu verzeichnen haben und jeder gleichzeitig mit einer Explosion seiner Kosten zu rechnen hat. Schließlich wird sogar festgestellt, dass der „Green Deal“ für eine große Anzahl der Bürger



## II. Parlamentarische Arbeit im Bundestag

eine erhebliche Belastung darstellen wird. Diese sollen dann eben statt dem Auto den ÖPNV benutzen.

Der „Green Deal“ ist kein Wachstumsprogramm, sondern eine Verhöhnung der hart arbeitenden Menschen in der EU. Das Mantra zieht sich selbst in der Corona-Krise durch: Die Bundesregierung hält es jetzt für erforderlich, die „sozial-ökologische Transformation“ im Wiederaufbau durchzuführen, die EU-Kommission proklamiert den „Green Deal“ als zentrale Säule in der Transformation, und selbst die meisten Mitglieder des Vorstands der deutsch-französischen Parlamentarischen Versammlung waren sich nicht zu schade, mitten in der Krise nach dem „Green Deal“ und einer verstärkten Zusammenarbeit mit Afrika zu werben.

### Die EU-Kommission schafft an und Deutschland zahlt

So kann man das Handeln der EU und der Bundesregierung in einem Satz zusammenfassen, und dieses Handeln prägt auch die deutsche Ratspräsidentschaft, die von Juli bis Dezember 2020 andauert. Ich habe das zweifelhaft Glück, Berichterstatter für dieses Thema zu sein.

In der deutschen Ratspräsidentschaft zeigt sich wie in einem Brennglas, was alles falsch läuft in der EU. Deutschland ist in eine sogenannte Trioratspräsidentschaft mit Slowenien und Portugal eingebunden und will u.a. die EU auf einen klimaneutralen, gendgerechteren Weg bringen, eine EU-Migrationsagenda installieren und Ungarn den Geldhahn zudrehen, wenn es angeblich gegen Rechtsstaatsprinzipien verstößt. Das Programm der Ratspräsidentschaft unterscheidet sich nur in Nuancen von dem, was die Kommission und insbesondere deren Präsidentin von der Leyen seit ihrem Amtsantritt propagiert: eine reine grüne Ideologie.

Die mit Abstand wichtigste Verhandlung während der deutschen Ratspräsidentschaft der deutschen

Der „European Green Deal“ ist eine gefährliche ideologische Spinnerei und ein Pakt gegen unsere Wirtschaft und Bevölkerung, der zu einem permanenten wirtschaftlichen Bedeutungsverlust der Länder der Europäischen Union und einem gravierenden Wohlstandsverlust für unsere Bürger führen wird.

Die AfD hat sich als einzige Partei und Fraktion explizit gegen diesen „Green Deal“ ausgesprochen. Wir brauchen keine ideologischen Experimente, sondern Politik für unsere Mitmenschen!



**Code scannen und anschauen:**

**Rede im Bundestag zum „European Green Deal“.**

Ratspräsidentschaft ist bereits gelaufen, nämlich die um Geld. Am 21. Juli 2020 wurden in Brüssel mal eben 1.824,3 Mrd. Euro, das sind 1.824.300.000.000,00 Euro, ausgegeben. Dafür gab es jede Menge Eigenlob und positive Presseberichterstattung. Mehr als eine Billion fließt in den siebenjährigen „mehrjährigen Finanzrahmen“, aus dem sich die EU über die Jahre hinweg finanziert, 750 Mrd. Euro gehen in den sogenannten „Next Generation EU Fund“, der angeblich die Länder der EU nach der schlimmsten Krise der EU wieder neu aufbauen soll.

Wie und wofür diese Gelder – unsere Steuergelder, denn Deutschland finanziert davon ca. 50 Milliarden Euro jährlich – ausgegeben werden sollen, weiß indes niemand, denn in der EU wird nicht verantwortungsvoll gewirtschaftet. Verantwortliches Wirtschaften im Sinne der AfD würde bedeuten, dass der Staat zuvörderst die Einnahmen und das Vermögen seiner Bürger schützt, also die Staatsausgaben und damit die Notwendigkeit der Steuererhebung minimiert. Er sollte also gründlich analysieren, welche konkreten Maßnahmen wirklich nötig sind und nicht privat geleistet werden können und dann entsprechende Projekte auflegen. In der EU läuft es anders herum: Dort



werden erst einmal große Summen bereitgestellt, die ähnlich wie im Poker oder Roulette in intransparenter Weise auf den Tisch gelegt werden, und dann legt die Kommission wilde Kriterien fest, die von ihr geneigten Lobbyisten, Organisationen und Ländern erfüllt werden.

Was verbirgt sich denn hinter „Next Generation EU“? Ursula von der Leyen machte bereits im Oktober 2019 den Aufschlag mit einem „Green New Deal“ und forderte 1 Billion Euro für die ökologisch-soziale Transformation des Kontinents. CO<sub>2</sub>-emittierende Industrie und Maschinen sollten verboten werden und ein Teil der Verluste durch die Mitgliedsstaaten gegenfinanziert werden. Der Vorschlag war nach kurzer Zeit bereits politisch tot, und dann kam nicht nur Corona, sondern vor allem Angela Merkel.

Während die Länder der EU in einen totalen Lockdown versetzt worden waren, erhoben Merkel und Macron plötzlich eine deutsch-französische Forderung nach 500 Milliarden Euro zur klimaneutralen Belebung der Wirtschaft nach der Krise. Und weil man sich in Brüssel mit so kleinen Summen gar nicht erst abgibt, schlug von der Leyen sofort was drauf und forderte dasselbe Programm mit 750 Mrd. Euro. Geld, das auf den Finanzmärkten in gemeinsamen Schuld-

titeln (Bonds) und gemeinsamer Haftung aufgenommen werden sollte und für das die Mitgliedsstaaten Rückzahlungsverpflichtungen über 30 Jahre eingehen sollten.

Darüber wurde zwar am EU-Gipfel gestritten und debattiert, doch alles, was als „Verhandlungserfolg“ herauskam, war ein höherer Kredit- und ein geringerer Zuschussanteil.

750 Mrd. Euro „Next Generation EU“ wurden es für eine klimaneutrale Transformation des Kontinents, begleitet von mehr als 1 Billion Euro für den Mehrjährigen Finanzrahmen, der nicht etwa unseren Mitgliedsstaaten oder Bürgern dient, sondern wiederum der Ideologie: Geld wird massiv von den angeblich reichen zu den angeblich ärmeren Ländern umverteilt und 25% aller Gelder müssen in das Ziel der Erreichung der Klimaneutralität investiert werden. Für die Menschen und ihre wirklichen Anliegen bleibt kein Geld übrig.

Für so etwas stimmt unsere Bundesregierung und feiert sich dafür: Milliarden jährlich ohne Bundestagsbeschluss, eine Schulden- und Transferunion und Schuldendienst über Jahrzehnte. Gerade auf dem Brüsseler Parkett zeigt sich, ob eine Regierung ihr Land und ihre Bürger vertritt oder eine Ideologie. Die EU-Kommission schafft an und Deutschland zahlt.

## **EU-Politik bedroht heimische Landwirtschaft – Südzucker muss Fabriken schließen**

Landwirte haben es schwer in Deutschland, wie schwer, das demonstrierten sie in diesem Jahr gleich mehrere Male auf beeindruckende Art und Weise bei ihren Protesten vor dem Bundestag. Die Regierung bleibt indes unbeeindruckt und beharrt auf ihren verschärften Vorschriften zur Lebensmittelproduktion, mit denen sie die Existenz so manches Betriebes bedroht. Dass diese angeblich grüne Politik nichts mehr als ein scheinheiliges

Lippenbekenntnis ist, offenbarte sich in Merkels bedingungsloser Unterstützung eines neuen Freihandelsvertrages, der Landwirte, aber auch Lebensmittelproduktionsbetriebe in den Ruin treiben könnte. Dieses von der EU mit den vier Mercosurstaaten, Brasilien, Argentinien, Paraguay und Chile ausgehandelte Abkommen wird Billigprodukte aus Südamerika auf den europäischen Markt werfen, und das ausgerechnet in den sensiblen Segmenten, in denen es schon jetzt einen Verdrängungswettbewerb gibt. Das Ergebnis könnte sein, dass große Firmen wie Südzucker



## II. Parlamentarische Arbeit im Bundestag

cker Produktionsstätten schließen müssen, dass viele Menschen in Deutschland ihre Arbeit verlieren, und dass hochwertige umweltschonende Produkte wie Bioethanol durch bedenkliche Billigvarianten aus Brasilien ersetzt würden. Leidtragende wären Produzenten genauso wie Konsumenten. Vollends unglaublich werden die moralinsauren Belehrungen von ebenden Vertretern der Bundesregierung, die das Verschwinden von umweltfreundlicher Produktion und angemessenen Sozialstandards zu verantworten haben. Wir haben einen Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem wir die Bundesregierung auffordern, neben Zucker und Ethanol auch sensible Fleischprodukte von den zollfreien bzw. zollvergünstigtenschaft und Lebensmittelindustrie zu schützen.

Denn unsere heimischen Produzenten können mit den Billigimporten, die teilweise noch von der brasilianischen Regierung mitfinanziert werden, nicht konkurrieren. Österreich hat schon den Anfang gemacht, als ein parlamentarischer Beschluss das Abkommen ablehnte. Der Zusammenhang einer Ausweitung der Rinderzucht in Brasilien mit der Abholzung der Re-



genwälder, ist für die Franzosen ausschlaggebend, das Abkommen in der jetzigen Form abzulehnen. Und hierzulande entlarvt sich die angebliche Wirtschaftsfreundlichkeit und grüne Politik der Bundesregierung als reiner Fake.



**Code scannen und anschauen:**

**Bauern legen die Siegessäule lahm!**

### Wozu eine europäische Arbeitsbehörde?

Arbeitskräftemobilität und Freizügigkeit in der EU beruhen auf Freiwilligkeit. Jeder kann sich in einem anderen europäischen Nachbarland niederlassen und dort arbeiten. Wozu braucht es aber eine europäische Arbeitsbehörde?

Genau eine solche Behörde schlägt allerdings die Europäische Kommission vor, die diese Institution auf dem Verordnungsweg durchsetzen will. Die Kommission ist der Auffassung, dass Beschäftigung und soziale Sicherheit eine europäische Angelegenheit seien. Was bedeutet die Einrichtung einer solchen Behörde konkret? Sie steht in Konkurrenz zu den nationalen Arbeitsbehörden, die ohnehin schon den internationalen Bereich abdecken. Wer im europäischen Ausland arbeiten will, findet auf deutschen Arbeitsämtern bei der Vermittlung schon jetzt Unterstützung. Wie sollte eine solche Behörde für die soziale Sicherheit der Beschäftigten sorgen nach deutschen, französischen oder spanischen Sozialgesetzen, und wie würde man sich auf Sozialbeiträge einigen? Alle diese Fragen bleiben von der Europäischen Kommission unbeantwortet.





Da wir der Auffassung sind, dass wir in Deutschland gut funktionierende Arbeitsbehörden haben und in einer zusätzlichen Europäischen Arbeitsbehörde keinen Mehrwert, sondern nur die Verursachung von zusätzlichen Kosten sehen, haben wir eine Subsidiaritätsklage eingereicht. Damit haben wir bestritten, dass die Europäische Kommission durch diese Einrichtung einen Mehrwert schafft und haben die Aufhebung dieser Verordnung gefordert. Es war abzusehen, dass diese Klage im Parlament von den Altparteien nicht unterstützt würde. Die meisten Deutschen wissen nichts davon, und sie werden eine europäische Arbeitsbehörde auch nicht benötigen, auch wenn sie über die EU-Mittel dafür zur Kasse gebeten werden. 50 Millionen Euro kostet diese Behörde jährlich, deren Nutzen allein in der Ausweitung des europäischen Amtsapparates besteht. Dieses ‚Potemkinsche Dorf‘ wurde zurecht von dem Bund der Deutschen Arbeitgeber als überflüssig kritisiert. Da heißt es: „Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Europäische Arbeitsbehörde schafft mit mehr als 50 Millionen Euro jährlichen Kosten teure Parallelstrukturen und neue Bürokratie“ (BDA-Stellungnahme vom Juni 2019). Solche Einwände bestärken uns in unserer Kritik. Diese Behörde (ELA) wurde inzwischen in der slowakischen Hauptstadt Bratislava eröffnet und verspricht, dort aus Steuergeldern finanzierte Arbeitsplätze zu schaffen.



**Code scannen und lesen:**  
Unvereinbarkeit des Verordnungsentwurfs der EU-Kommission über die Einrichtung einer europäischen Arbeitsbehörde (ELA) mit dem Subsidiaritätsprinzip

## Handel mit Pässen

Der Handel mit EU-Pässen hat sich zu einem neuen Geschäftsfeld mit schwer absehbaren Folgen für kriminelle Machenschaften entwickelt. Erst nach der Ermordung der Journalistin Daphne Galizia Caruana, die recherchierte, wie durch Passhandel Schwarzgeld über Malta in die EU gelangt, kam diese Praxis in die Medien.

Malta etwa erwirtschaftete mit den Einnahmen (2017/2018) von 260 Mio. Euro 2,5 % seines Bruttosozialproduktes. Die EU-Bürgerschaft hat sich zu einem Geschäftsfeld entwickelt, in dem viel Geld verdient wird. Ausländischen Investoren bietet sich die Chance, langfristige Aufenthaltsgenehmigungen oder Staatsbürgerschaften in EU-Ländern zu erhalten. Dieser Handel mit Aufenthaltstiteln für Wohlhabende wird inzwischen in 13 EU-Ländern praktiziert. 25 Mrd. Euro wurden durch Golden Visa Passports in den letzten 10 Jahren nach Schätzungen in der EU insgesamt eingenommen. Insbesondere für neue EU-Mitglieder stellt dieser Handel eine lukrative Einnahmequelle dar. So erwirtschaftete Zypern 6,6 Mrd. Euro mit dem Verkauf von Staatsbürgerschaften. Transparency International fand bereits in einer Serie von Untersuchungen heraus, dass der freie Zugang zum Schengen-Raum und zur EU-Staatsbürgerschaft durch diese Programme, Korruption und organisiertem Verbrechen Tür und Tor öffnet.



index schlecht abschneiden - neben Malta sind dies Griechenland, Ungarn, Zypern und Spanien generieren mit dem Passhandel die höchsten Umsätze.

Auch Anwärter auf die EU-Mitgliedschaft mit noch ausgeprägteren Korruptionswerten sind im Hinblick auf die Beitrittsperspektive bereits in den Handel mit ihren landeseigenen Pässen eingestiegen. Das neue Einbürgerungsprogramm von Montenegro etwa wird künftig mit der geplanten EU-Mitgliedschaft auch Geschäftsleuten von zweifelhaftem Ruf unbegrenzten Zugang zum Schengenraum gewähren.

Insbesondere die EU-Länder, die in dem Korruptions-

20

## II. Parlamentarische Arbeit im Bundestag

Die Einbürgerungsprogramme stehen auch in der Kritik, weil sie Schlupflöcher für Steuerhinterziehung bieten. Abgesehen von kriminellen Aspekten, wie Steuerhinterziehung und Geldwäsche, werden auch negative wirtschaftliche Effekte festgestellt. Ein großer Teil des Investorengeldes fließt in den ohnehin schon angespannten Immobiliensektor und treibt die Immobilienpreise noch weiter in die Höhe. Dies war für uns Grund genug, einmal die Bundesregierung zu befragen, was sie über dieses Phänomen weiß und wie sie diese Entwicklungen im Hinblick auf Sicherheit und Wohlstand unserer Bürger beurteilt.



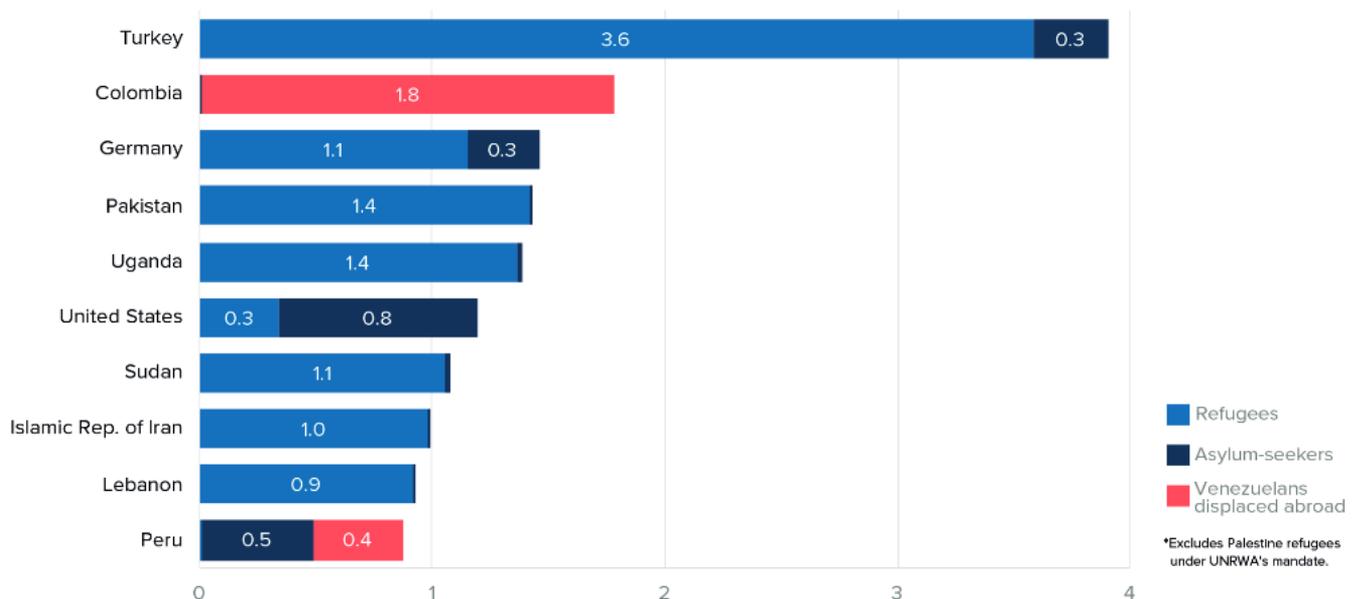
Code scannen und lesen:

Handel mit „Golden Visa bzw. Golden Passport“ in der Europäischen Union



### Asyl: Das Land, wo Milch und Honig fließen

Top international displacement situations by host country | end-2019\*



Quelle: UNHCR Global Trends 2019

Merkel will es nicht nur „schaffen“. Die Bundesregierung hat Deutschland mit illegalen Migranten, Asylsuchenden und Flüchtlingen regelrecht geflutet. Nach der Türkei und Kolumbien, das ausschließlich venezuelanische Auswanderer aufgenommen hat, belegt Deutschland Platz 3 aller Länder der Welt. Der Rest der EU fehlt völlig in den Top-10.



## INTERNATIONALES

### Syrien: der wunde Punkt der internationalen Politik

Es gibt wohl kaum ein Land, das das Versagen der internationalen Politik und der Innenpolitik Angela Merkels so sehr verdeutlicht wie Syrien. Staatspräsident Baschar Al-Assad ist seit 2011 mit einem blutigen Bürgerkrieg in seinem Land konfrontiert, der nicht vor allem von Teilen der Bevölkerung getragen wird, sondern als Stellvertreterkrieg von allen möglichen Interessenten geführt wird. Radikal-islamische Kräfte zielen genauso auf die Zersetzung des Landes und den Sturz des Präsidenten wie einige ausländische Kräfte, die dieses Ziel aus geostrategischen Gründen teilen.

Insbesondere vor einer Ausbreitung der Terrororganisation ISIS sind viele Bürger des Landes aus Syrien geflohen. Meist fanden sie in den angrenzenden Ländern Türkei, Libanon, Jordanien und Irak Unterschlupf. Diesen Ländern ist für ihre Aufnahmebereitschaft, die den Regelungen der Genfer Flüchtlingskonvention entspricht, zu danken. Viele Syrer und andere Menschen, die vorgaben, Syrer zu sein, begaben sich aber auf dem Luft- oder Landweg nach Europa und zuvorderst nach Deutschland, wo sie nicht nur Schutz, sondern ein besseres Leben suchten.

Seit 2017 hat sich nach der Niederschlagung der meisten ISIS-Strukturen in Syrien die Sicherheitslage deutlich verbessert. In den ersten sieben Monaten des Jahres 2017 waren bereits 600.000 Syrer in ihr Heimatland zurückgekehrt. Präsident Assad hatte den Rückkehrern auch umfassende Amnestie und eine friedvolle Wiederaufnahme zugesichert.

Der Wegfall des Asylgrundes für die meisten in Deutschland befindlichen Asylbewerber und subsidiär Schutzberechtigten inspirierte uns auch zu einem der ersten Anträge, die die AfD überhaupt im Bundestag gestellt hat. Im November 2017 forderten wir einen Sechs-Punkte-Plan und ein Abkommen mit der syrischen Regierung über die sichere Rückkehr syri-



scher Flüchtlinge. Ein solches Abkommen hätte den potentiellen Rückkehrern Sicherheit sowie eine kostenfreie und friedvolle Rückkehr verschafft. Unter anderem forderten wir, dass die Rückkehrer wegen ihres Aufenthalts in Deutschland und eventuell gegen die Regierung gerichteter Aktivitäten vor und während ihrer Flucht, beziehungsweise wegen Straftaten gegen die Pflicht zum Militärdienst nicht verfolgt werden und dass die syrische Regierung eine entsprechende Amnestieregelung erlässt, sowie dass ein wirksamer Überprüfungsmechanismus geschaffen wird, der sicherstellt, dass die syrischen Zusicherungen eingehalten werden und durch die Bundesrepublik Deutschland oder die UN überprüft werden können. Die anderen Parteien lehnten diesen Antrag allerdings leider ab – mit einem Diktator verhandelt man nicht. Schade, dass die Regierung Merkel nicht zum Wohle Deutschlands mit einem Diktator verhandelt, zeitgleich aber Milliarden deals mit Despoten Recep Tayyip Erdoğan abschließt.



**Code scannen und anschauen:**

**Rede zur Operation Counter Daesh**

## II. Parlamentarische Arbeit im Bundestag

### Diplomatisches Versagen: Handelskonflikt mit den USA

Der Handelsstreit zwischen der EU und den USA war über einem Jahr lang Dauerthema in den Medien. Der Schuldige, Trump, ist ausgemacht, und so scheint es recht und billig zurückzuschlagen. Man freute sich hierzulande kindisch, als Merkel im Tandem mit dem ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Juncker es Trump so richtig heimzahlen wollte. Nun sollten Zölle auf Erdnussbutter und Harley Davidson erhoben werden. Dass die EU zu diesem Zeitpunkt schon zahlreiche amerikanische Produkte mit Inlandszöllen belegt hatte, verschwieg man beflissentlich.



Es war klar, dass der Handelskonflikt auch gravierende Auswirkungen auf die deutsche Industrie haben würde. Für die Volkswirtschaft bedeuten Zölle die Verteuerung der Waren. Zölle sind somit auch Brandbeschleuniger für die anziehende Inflation und haben daher Konsequenzen für jeden einzelnen. Wir fragten die Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage vom 18.05.2018 nach den Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft. Damals war nur Stahl in der Diskussion. Das Bundeswirtschaftsministerium prognostizierte nur für diesen Bereich im Jahr 2019 einen Rückgang von 20 %. Schon damals war klar, dass dies nur die Spitze des Eisbergs sein würde, denn auch die exportierende deutsche Autoindustrie war im Gespräch.

Dass es so weit gekommen ist, darf man allerdings nicht allein Trump in die Schuhe schieben. Einen Anteil an der Eskalation haben nach meiner Auffassung

auch die EU-Kommission und die Bundesregierung. Das belegt ein Dokument der Europäischen Kommission vom 6.7.2017, aus dem hervorgeht, dass der damalige Kommissionspräsident Jean Claude Juncker schon lange vor Trumps Ankündigung die Einführung zusätzlicher Handelszölle auf amerikanische Produkte plante.

Die lautstarken Androhungen von Vergeltungsmaßnahmen der EU durch Juncker noch lange vor der Umsetzung von Trumps Plänen zeugt auch von wenig diplomatischem Geschick. Zumal gerade solche Produkte bestraft werden sollten, die in den republikanischen Wahlkreisen hergestellt werden. Hier ging es nicht mehr um die Sache, sondern um die die Ausweitung des in Politiker- und Medienkreisen beliebten Trump-Bashings. Man wollte Trump persönlich treffen. Diese Drohungen engten schon frühzeitig den Verhandlungsspielraum ein und beschleunigten die Eskalation im Handelsstreit. Aus der Antwort des Ministeriums ist ebenfalls zu schließen, dass die hauptsächlich betroffenen Industrieunternehmen im EU-Raum, die überwiegend in Deutschland angesiedelt sind, im Vorfeld dieser Entscheidungen nicht konsultiert wurden.

Deutlich wurde auch, dass die Bundesregierung keine diplomatischen Initiativen unternahm, um den für die deutsche Wirtschaft schädlichen Handelskrieg zu vermeiden, sondern die Federführung vollkommen der EU-Kommission unter Junckers Leitung überließ. Die Bundesregierung trug durch die Emotionalisierung der Debatte zudem noch zu einem Scheitern der Verhandlungen bei. Das zeigte einmal mehr, dass die Bundesregierung unter Angela Merkel international auch dann handlungsunfähig ist, wenn es um die Interessenvertretung der deutschen Industrie geht. Der Verband der Automobilindustrie (VDA) reagierte prompt und warnte vor einem Handelskrieg. Die Bundesregierung hätte zumindest versuchen können, auf diplomatischem Wege die Verhängung von Strafzöllen auf Stahl- und Aluminiumimporte und weitere wichtige Industriezweige zu verhindern. Denn der Schutz der heimischen Wirtschaft ist eine primäre Aufgabe der Bundesregierung.



## China

China spielt für die deutsche Handelspolitik eine wichtige Rolle. Zugleich verändert sich die Rolle Chinas in der Welt. Daher war es wichtig ein Positionspapier für die Partei zu entwickeln. Als Mitglied des Arbeitskreises für Europäische Angelegenheiten habe ich hierzu aus EU-Sicht mit Unterstützung meines Büros einen Beitrag geliefert.

China ist für die EU vor allem als Handelspartner wichtig und rangiert gemessen am Handelsvolumen direkt nach den USA. Dies ist vor allem auf die intensiven deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen zurückzuführen. Deutschland kann in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht als Chinas Schlüsselpartner in Europa angesehen werden. Wenn die Bundesregierung eine Strategie hätte, bestünde daher die Chance, dass sich diese auch auf EU-Ebene durchsetzen ließe. Die diffuse Merkelsche Politik lässt aber keine eindeutige Position erkennen. Die Positionen, die Merkel mit ihrer Regierung einnimmt, beruhen auf Fehleinschätzungen. Stellt die EU immerhin den für China finanziell vorteilhaften Status eines Entwicklungslandes in Frage, so fördert Deutschland die größte Volkswirtschaft der Welt in Fernost immer noch mit mehreren hundert Millionen Euro jährlich aus Entwicklungshilfefonds. Zugleich drängt die Volksrepublik in rohstoffreichen afrikanischen Entwicklungsländern als Großinvestor mit geostrategischen Interessen europäische Länder aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb.

Dieses überall, auch in Europa mittlerweile wahrgenommene Hegemonialstreben führte immerhin dazu, dass die EU Kommission eine europäische Strategie im Umgang mit China für notwendig hält. In dem Strategiepapier der Kommission („EU-China – A strategic outlook“, European Commission, March, 2019) wird ein Ungleichgewicht in der Marktöffnung fordernden und Protektionismus praktizierenden Handelspolitik Chinas konstatiert. Sensible Industriebereiche, die bisher chinesischen Investoren frei zugänglich waren, sollen nunmehr in Europa geschützt werden. Dies ist eine vorsichtige Antwort auf die

chinesische Strategie, europäische Unternehmen mit Hilfe staatlicher Kredite zu kaufen, um Know-how abzuziehen oder die betroffenen Unternehmen als Konkurrenten auszuschalten. Die EU hinkt mit ihren Programmen der Realität aber hinterher, denn China ist mit seinem neuen Seidenstraßenprojekt schon weiter und versucht die Infrastruktur beispielsweise durch Kauf von Häfen in die Hand zu bekommen.

Der nächste Schritt ist die Übernahme digitaler Infrastrukturen, was die Ambitionen der Staatsfirma Huawei erklärt, die neuen 5G-Netze in Europa aufzubauen. Merkels „China-Treue“ war in dieser Angelegenheit nicht zu erschüttern. Entgegen allen Bedenken wollte sie den chinesischen Staatskonzern Huawei nicht vom Aufbau des 5G-Netzes in Deutschland ausschließen. Doch auch in der Koalition regte sich Unmut wegen der drohenden Gefahren einer unkontrollierten digitalen Überwachung in Deutschland nach chinesischem Vorbild. Der Widerstand gegen Merkel kam nicht nur aus dem Kabinett, sondern auch aus der eigenen Partei. Wir halten es für sinnvoll, dass auf europäischer Ebene eine technische Lösung für den Aufbau des Mobilfunknetzes gefunden wird. Das könnte auch der Entwicklung europäischer Technologie dienen. Warum nicht Siemens, Nokia und Ericsson mit der Entwicklung beauftragen?



Jedoch kann auch die EU nicht verhindern, dass bei der Lizenzvergabe der 5G-Netze nationale vor europäische Interessen gestellt werden. Einige osteuropäische Länder haben schon Absichtserklärungen unterschrieben. Der jährliche China-Mittel-Ost-Europa-Gipfel, auch 16+1 genannt, treibt die Spaltung der EU unter chinesischer Regie voran. Insbesondere

## II. Parlamentarische Arbeit im Bundestag

re für die ärmeren Länder und die aus dem EU-kritischen Lager bietet China eine Alternative, auch und gerade wenn Sanktionen drohen. In dem China-affinen Lager befinden sich inzwischen auch solche Länder, die noch gar nicht in die EU aufgenommen wurden, wie Albanien, Montenegro sowie Bosnien und Herzegowina.

Die Strategie der EU-Kommission besteht nun darin, die Identifizierung und Weiterentwicklung gemeinsamer Interessen mit China zu verfolgen, insbesondere in den Bereichen Klimapolitik und Nachhaltigkeit. Schon die Strategie der chinesischen Regierung in der Klimapolitik hat jedoch gezeigt, wie weltfremd dieser Ansatz ist. Als Mitunterzeichner des Pariser Klimaabkommens ist China das Land mit den größten Kohlenstoffemissionen der Welt und unternimmt keine aufzeigbaren Anstrengungen, die Vereinbarungen auch einzuhalten. China verschmutzt zudem weltweit durch industriellen Großbergbau Seen, Böden und Luft und emittiert die besonders klimaschädlichen perfluorierte Kohlenstoffe. Nicht weniger weltfremd ist das Bestreben, die militärische Weltmacht China in ein Sicherheitsbündnis einzubinden. Zutreffender wäre es hierbei, von einer Einbindung Europas in Chinas Sicherheitsinteressen zu sprechen.

Die Bundesregierung hat hierfür schon Beispiele geliefert, indem sie Wasserwerfer und Tränengas für die gewaltsame Niederschlagung der Proteste in Hongkong liefert und Volksarmisten durch die Bundeswehr ausbilden lässt. Da das China-Engagement auf dem Westbalkan mittlerweile kaum zu übersehen ist, formuliert die EU das strategische Ziel, die Partnerländer aus dieser Region stärker an sich zu binden. Aber wie soll dies geschehen? Und wie will man verhindern, dass China die freiwillige Marktöffnung beispielsweise in Kroatien nicht für seine strategischen Investitionen nutzt? (Ein Beispiel ist das aus EU-Mitteln mitfinanzierte Projekt der Pelješac-Brücke, das einem chinesischen Staatsunternehmen zugeschlagen wurde). Die EU fordert ausgeglichene Wirtschaftsbeziehungen zu China, hat aber keine Handhabe, China zur Öffnung seiner Märkte, insbesondere der öffentlichen Beschaffungsmärkte, zu bewegen. Um-

gekehrt erkennt die EU zwar die Sicherheitsrisiken ausländischer Investitionen in kritische europäische Vermögenswerte, Technologien und Infrastrukturen als Problem an, die vorgeschlagenen Maßnahmen beschränken sich aber nur auf einen Appell an die Mitgliedsländer, solche Direktinvestitionen aufzudecken und mitzuteilen. Naiv mutet die Suche nach Synergien mit China an. In der Forschung soll eine Zusammenarbeit in den Bereichen Künstlicher Intelligenz, Batterietechniken, Elektromobilität forciert werden, also auf den Gebieten, auf denen China bereits Technologieführer ist. Warum sollte das Land, welches durch Know-how-Transfer mächtig wurde, seinerseits bereit sein Know-how weiterzugeben und sich damit Konkurrenz heranzuzüchten?



**Hier die Vorschläge für eine Neuorientierung, die in das Positionspapier der AfD-Fraktion im Bundestag eingeflossen sind:**

*Wirtschaft:*

- Vermeidung wirtschaftlicher Abhängigkeiten, beispielsweise durch neue Partnerschaften mit Russland und die Intensivierung der Handelsbeziehungen zu Nordamerika, Südostasien, Ozeanien, Afrika, oder durch neue technische Verfahren wie z. B. Recyclingverfahren im Produktionsbereich Seltener Erden.
- Einschränkung jeder Art von Know-how und Kapitalabfluss nach China. Einschränkung von verdecktem Technologieerwerb wie z.B. der Ausbildung chinesischer Studenten in Deutschland.



- Unterbindung verdeckter Investitions- und Einwanderungsstrategien etwa über die Einfallstore der Golden Visa-Regelungen einiger EU-Länder. Sanktionen im Fall von Cyberattacken oder Urheberrechtsverletzungen. Ausarbeitung eines Pakets von Sanktionsmaßnahmen.

- Entwicklung einer europäischen Wirtschaftsstrategie als Antwort auf die durch China begünstigten Spaltungstendenzen.

#### *Infrastruktur:*

- Eine einheitliche europäische Strategie zur Entwicklung einer von China unabhängigen Infrastruktur. Kontrolle des Seidenstraßenprojektes auch mithilfe strategischer Partnerschaften, etwa mit Russland.

- Eine europäische Strategie für den Aufbau der 5G-Netze unter Beteiligung europäischer Technologie. Vor allem gilt es, Überwachungsmethoden nach dem chinesischen Modell zu verhindern.

#### *Sicherheit:*

- Einstellung von Waffenlieferungen an die chinesische Volksarmee

- Ende der Ausbildung chinesischer Volksarmisten durch die Bundeswehr.

#### *Menschenrechte:*

- Klare Positionierung zu Unterdrückung und Menschenrechtsverletzung in Tibet, Xinjiang (1 Million Uiguren in „Umerziehungslagern“)

- Hongkong. Schutz von Dissidenten oder politisch Andersdenkenden vor politischer Verfolgung auf europäischem Boden.



## EINBLICKE IN DIE PARLAMENTARISCHE DEBATTENKULTUR

### Zwischenrufe bei meinen Reden im Deutschen Bundestag



## II. Parlamentarische Arbeit im Bundestag





# III. Auswärtige parlamentarische Arbeit

## EUROPARAT

### Einsatz für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa

Der Europarat als Institution sagt den wenigsten etwas. Oft wird er mit der Europäischen Union in Verbindung gebracht, weil die EU-Institutionen „Europäischer Rat“ (= Rat der Regierungschefs in der EU) und „Rat der Europäischen Union“ (= Ministerrat) so ähnlich klingen und weil der Europarat die gleiche Fahne hat. Der Europarat ist jedoch wesentlich älter und umfassender als die Europäische Gemeinschaft. Er wurde 1949 gegründet und heute gehören ihm 47 Mitgliedsstaaten an. Seine Aufgabe: Demokratie, Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit in Europa zu erhalten.



Bürger eines Mitgliedsstaats des Europarats haben die Möglichkeit, bei Menschenrechtsverletzungen den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof anzurufen. Zudem beraten das Ministerkomitee und die Parlamentarische Versammlung sowie weitere kleine Gremien wie die Venedig-Kommission oder GRECO über Themen wie die Einhaltung demokratischer Maßstäbe, den Zustand der Rechtsstaatlichkeit in den einzelnen Mitgliedsländern oder Korruptionsbekämpfung. Der Europarat arbeitet nicht verbindlich, aber Enthüllungen wie die, dass der ehemalige maltesische Regierungschef Muscat persönlich in die Ermordung der Enthüllungsjournalistin Daphne Carrara Galizia verstrickt war, haben in Mitgliedsstaaten zu Rücktritten geführt.

Seit Januar 2018 bin ich mit meinen Kollegen Martin Hebner, Ulrich Oehme und Marc Bernhard in die Parlamentarische Versammlung entsandt. Sie tagt viermal jährlich, die Ausschüsse zudem weitere viermal im Jahr. In den zahlreichen Sitzungen werden von Fachausschüssen und im Plenum Vorlagen, sogenannte Berichte, beraten und verhandelt. Ich bin im Ausschuss für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sowie im Ausschuss für Kultur, Medien und Bildung tätig. Es ist mir eine besondere Ehre, zudem seit 2020 dem wichtigsten Fachausschuss der PVER, dem Monitoring-Ausschuss, anzugehören. Der Monitoring-Ausschuss überwacht alle Mitgliedsstaaten konsequent und ständig bezüglich des Zustands der Rechtsstaatlichkeit. Unter anderem wurden dadurch die Übergriffe auf Gelbwesten-Demonstranten durch die Macron-Regierung als menschenrechtswidrig gebrandmarkt und das erhebliche Ausmaß der Korruption in Malta aufgedeckt. Die Arbeiten des Monitoring-Ausschusses haben auch eine direkte Auswirkung auf die Rechtsstaatlichkeitsverfahren in der Europäischen Union, weil diese sich gerne der Expertise des Europarats bedient. Einen Sitz im Monitoring-Ausschuss innezuhaben, bedeutet also auch, die Behandlung der EU-Mitgliedsstaaten durch die Kommission maßgeblich mitbeeinflussen zu können.

Besonderes Augenmerk werfe ich darauf, dass die Beschlüsse nicht die Menschenrechtskonvention ändern oder so uminterpretieren, dass demokratische Entscheidungen in den Mitgliedsstaaten ausgehöhlt werden. Unter anderem versucht vor allem die sozialistische Fraktion, der der SPD-Politiker Frank Schwabe vorsteht, regelmäßig, Berichte so zu gestalten, dass die Menschenrechtskonvention angeblich eine schier unbegrenzte Akzeptanz illegaler Migration und der Zurschaustellung religiöser Gefühle sowie die institutionelle Bevorzugung von Frauen vorschreibe. Regelmäßig melde ich mich in Debatten zu Wort und habe bereits häufiger durch Änderungsanträge Schlimmeres verhindert.



Die Arbeit in der PVER funktioniert, wie im sogenannten Europäischen Parlament auch, in Fraktionen und Fachausschüssen. Als fraktionszugehöriger Abgeordneter hat man viel mehr Rechte, als wenn man fraktionslos ist. Daher haben wir nach unserem Einzug umfassende Gespräche mit vielen europäischen Partnern geführt, um eine Fraktion zu gründen, und einigten uns mit FPÖ, Lega und anderen darauf, eine Fraktion der „New European Democrats“ (NED) ins Leben zu rufen. Diese Rechnung hatten wir allerdings ohne Frank Schwabe, die Sozialisten und deren erhebliche Demokratieunfähigkeit gemacht: Zunächst setzten die etablierten Parteien eilig die Mindestanzahl von Mitgliedern für eine Fraktion nach oben, damit unser Antrag unzulässig wurde. Als wir einige Wochen später wiederum genügend Mitglieder beisammen gehabt hätten, wurden die Sozialisten und die Vereinigte Europäische Linke aggressiv: Unter dem Vorwand, dass die NED gegen die Prinzipien des Europarats und vor allem gegen die Demokratie gerichtet sei, setzten sie im Präsidium durch, dass unserer Ausgründung die Anerkennung verweigert wurde. Das ist Demokratie in Reinform!



Parallel hatte es weitere konstruktive Gespräche vor allem auch zwischen mir und der britischen Delegation gegeben. So formulierten die britischen Tories, und dort vor allem Ian Little-Grainger sowie Sir Edward Leigh, den Wunsch, dass wir AfD-Abgeordneten uns doch ihrer Fraktion der „European Conservatives“ anschließen sollten. Die EC befand sich allerdings in einer Glaubwürdigkeitskrise: Ihr gehörten neben einigen der Korruption überführten aserbaidischen Abgeordneten auch die türkische AKP an. Die Vorstellung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eines Herrn Erdogan ist uns dann doch sehr fern.



Nachdem uns die eigene Fraktion durch die „demokratischen“ Sozialisten versagt worden war, begann eine intensivere Verhandlungsphase mit den Angehörigen der EC. Im Ergebnis stand eine Neugründung der EC/DA-Fraktion („European Conservatives/Democratic Alliance“). Sie umfasst über 80 Mitglieder aus 27 Mitgliedsstaaten und vereint zum ersten Mal konservative Kräfte unterschiedlicher Ausrichtungen miteinander. Der Streit, den es manchmal zwischen konservativen Gruppen gibt und der ja auch manchmal innerhalb der Mitgliedschaft der AfD zutage tritt, wird umgangen, indem die Fraktion aus zwei offiziellen Flügeln besteht: Wer eher zu den politischen Vorstellungen der Briten oder der polnischen PiS neigt, ist im EC-Flügel besser aufgehoben, während die AfD/FPÖ-Linie eher in der DA verwirklicht wird. So ermöglicht die EC/DA-Fraktion auch miteinander national in Konkurrenz stehenden Parteien, im Europarat in einer gemeinsamen Fraktion gegen die Uminterpretation von Grundrechten, Menschenrechten und Demokratie durch die Sozialisten einzutreten. Wie es der Vorsitzende der EC/DA-Fraktion einmal schön formulierte: Wir sind alle Konservative.

In diesem Verständnis trete ich auch meine aktivere Rolle in der PVER an. Am 30. Januar 2020 wurde ich vom Rechtsausschuss zum Berichterstatter für das Thema „Klimawandel und Rechtsstaatlichkeit“ gewählt, zu einem Thema, auf deren Behandlung insbesondere Sunna Aeværsdóttir von der Piratenpartei Island über ein Jahr hingearbeitet hat. Die Dame, die mit freundlicher Unterstützung von der SPD beinahe ganz im Alleingang versucht, die europäische Grundrechtstruktur aus den Angeln zu heben, wollte erreichen, dass Klimaflüchtlinge durch eine Erweiterung der Menschenrechtskonvention spezifisch geschützt werden. Sie wird sicher nicht erfreut sein, wenn mein Bericht zu etwas anderen Schlüssen kommt als sie auf ihrem Piratenschiff...

# III. Auswärtige parlamentarische Arbeit

## Auszüge aus meinen Reden im Europarat (Straßburg)

### Plädoyer für freie Meinungsäußerung und Demokratie

11. April 2019

Vielen Dank Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, (...) Wir stehen hier im Europarat für Rechtsstaatlichkeit, für Menschenrechte und für Demokratie. Zur Demokratie gehört es sowohl seine Meinung offen ausdrücken zu können, als auch die Wahl zu haben, als auch die Toleranz zu haben, die anderen Meinungen sich anzuhören und sie für sich zu bewerten. (...) Demokratie kostet Geld; aber das ist keine Geldverschwendung, sondern jeder Pfennig, den wir in freie Meinungsäußerung, den wir in Meinungsvielfalt, den wir in die freie Ausübung des Mandats investieren, ist wertvoll.

(...) Es ist gut, dass wir hier hart diskutieren, aber es ist auch gut, wenn dann die Abgeordneten der einzelnen Fraktionen untereinander sehr kontrovers diskutieren können. Dann gibt es doch Meinungsverschiedenheiten. Also warum sollen wir hier die Leute verpflichten, sich hier auf gewisse Affinitäten festzumachen? Wissen Sie, diese Erhöhung der Mindestmitgliederzahl, die erinnert mich an ein Beispiel aus meinem Kreistag, in dem ich lange Zeit war, im Land Brandenburg. In Brandenburg haben alle Kreistage eigentlich die Mindestgröße von drei Leuten für die Fraktionen; bei uns in meinem Kreistag Dahme-Spreewald waren es vier. Warum? Da gab es 2009 mal eine Partei, die wollte man nicht und dann hat man eben mal die Mindestgröße erhöht, mit genau den gleichen Argumenten. Wir brauchten dann fast 7% um diese Fraktionsgröße herstellen zu können. Ich glaube nicht, dass das der Weg der Demokratie ist. Ich glaube nicht, dass wir diesen Weg gehen sollten.



### Gegen Diskriminierung Andersdenkender, für unabhängigen Journalismus

25. Juni 2019

As an upright democrat one has to say „no“ and also say that we, as the Council of Europe should stand up for independent media instead of journalism. We should refuse to interfere with education policy. We should stick to the free market, that is, of course, that prices are then fixed on the market; and we should say that there is no discrimination against anyone, not even men.

*Übersetzung:*

*Als ein aufrechter Demokrat muss man „nein“ sagen und auch sagen, dass wir als der Europarat für unabhängige Medien aufstehen sollten, statt für den Journalismus. Wir sollten uns weigern uns in die Bildungspolitik einzumischen. Wir sollten beim freien Markt bleiben, das bedeutet natürlich, dass die Preise vom Markt festgelegt werden und wir sollten sagen, dass es keine Diskriminierung geben darf, egal gegen wen, auch nicht gegen Männer.*



## Über die Verwechslung von Asyl und Arbeitsmigration

3. Oktober 2019

They may be asylum seekers or they may come for economic reasons, but we are mainly talking about migrants in the Mediterranean Sea and, therefore, it's more adequate to replace these words.

*Übersetzung:*

*Sie könnten Asylsuchende sein oder vielleicht kommen sie auch aus wirtschaftlichen Gründen, da wir aber hauptsächlich über Migranten aus dem Mittelmeer sprechen ist es adäquater diese Wörter auszutauschen.*



**Code scannen und anschauen:**

**Rede im Europarat zu Asyl und Migration**

## DEUTSCH-FRANZÖSISCHE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG

### Der neue Elysée-Vertrag: Aufbruch in den Zusammenbruch

„Deutsch-französische Reformpartnerschaft“ ist ein Begriff, vor dem man auf der Hut sein muss. Union, SPD, Grüne und FDP verwenden diesen Begriff sehr offensiv und haben, ohne die AfD und die Linke überhaupt zu informieren oder zu beteiligen, diesbezüglich die Erarbeitung eines zweiten Elysée-Vertrages und eines Parlamentsabkommens am 22. Januar 2018 beschließen lassen. Ein Jahr lang tagte diese deutsch-französische Arbeitsgruppe, in der ich für die AfD verhandelte.

Die Idee ist perfide. Aus dem einst großartigen Freundschaftsabkommen von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer, das vorsah, durch regelmäßigen Dialog und Jugendaustausch eine Freundschaft zweier Länder zu entwickeln, wird nun ein „deutsch-französischer Reformmotor“ für die EU fabuliert. Merkel und Macron und ihre willfährigen Abgeordneten missbrauchen die deutsch-französische Zusammenarbeit, um auf europäischer und, wenn nötig, bilateraler Ebene Dinge, wie eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, eine Bankenunion, viele weitere deutsche Milliarden für Schuldenstaaten und einen weiteren Abbau der Souveränität voranzutreiben. Nicht um Dialog und Austausch geht es – insbesondere der Schüleraustausch und der gegen-



seitige Fremdsprachenerwerb gehen derzeit zurück – sondern darum, eine falsche Idee von Europa so weit voranzupfeitschen, dass sie unumkehrbar wird. Dialog praktiziert man nicht einmal mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe. Regelmäßig arbeiten Union, SPD,

## III. Auswärtige parlamentarische Arbeit

Grüne und die Partnerparteien Macrons Papiere aus, die zwei Tage vor der Sitzung versandt werden und dann beschlossen werden sollen. Darin finden sich auffällig häufig und beinahe wortgleich die naiven Vorstellungen der Grünen wieder, also der kleinsten Oppositionspartei im Bundestag. Das ist auch kein Wunder, wenn man den sehr freundschaftlichen Umgang zwischen grünen und CDU-Abgeordneten beobachtet.

Auch das Treffen von Merkel und Macron in Meseberg diene dem unaufhaltbaren Vorantreiben der sogenannten „europäischen Integration“: Damit Macron Merkel gegenüber der CSU stützt, versprach sie Milliarden für andere Länder und bewilligte Macrons Vorstellungen eines Eurozonenbudgets. Soll heißen: Es soll in der EU ein Extra-Budget für Euroländer geben, das primär dazu dient, dass die besser gestellten Euroländer den schlechteren ihre Schulden abzahlen können.

Macron und Merkel begeben sich mit Elysée 2.0 auf einen gefährlichen Weg. Zwar bleibt der Elysée-Vertrag von 1953 in Kraft, doch der Fokus liegt auf der neuen Einigung. Diese deutsch-französische Achse soll durch die Stärke beider Länder Reformen der EU erzwingen. Es sind Reformen, die tiefe Einschnit-

te in die finanzielle und politische Selbstständigkeit der Länder vorsehen und die deshalb berechtigt insbesondere von den osteuropäischen Nachbarn abgelehnt werden.

Dabei verkennen sie die Zeichen der Zeit. Merkel und Macron riskieren mit ihrer „Reformpartnerschaft“ nicht nur, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit ihr hohes Ansehen in der Bevölkerung verliert. Sie arbeiten vor allem auf die Spaltung Europas hin. Sie differenzieren selbst ausdrücklich zwischen Euro- und Nicht-Euro-Ländern. Ein weiterer Graben hat sich jedoch längst aufgetan: zwischen den Ländern, die Merkel gehorchen, und denen, die es nie tun werden. Und so trägt die „deutsch-französische Reformpartnerschaft“ nicht ZUR EU bei, sondern ZUM EU: zum Europäischen Untergang.



**Code scannen und anschauen:**

**Rede zum Thema: Das Deutsch-Französische Parlamentsabkommen ist falsch.**

### Die deutsch-französische Parlamentarische Versammlung

Zeitgleich mit der Vorbereitung des Vertrags von Aachen wurde ab Januar 2018 eine deutsch-französische Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, der ich als Vertreter der AfD angehörte. Die Beschlüsse des Bundestags und der Assemblée nationale hatten das Ziel vorgegeben, ein Abkommen zwischen den beiden Parlamenten zu entwickeln, auf dessen Grundlage eine deutsch-französische Parlamentarische Versammlung gegründet und einberufen werden sollte.

Die Tagungen der Arbeitsgruppe waren ein harter Verhandlungsmarathon, galt es doch, den Bestrebungen vor allem der SPD und der Grünen, die deutsch-französische PV zu einem verbindlichen Beschluss-

gremium zu machen, entgegenzutreten. Nicht einmal der Verweis auf das Grundgesetz und die Bestätigung der Richtigkeit meiner Ausführungen durch die Verwaltung konnte die deutschen Abgeordneten der etablierten Parteien von ihrer verfassungswidrigen Idee abbringen. Erst als ich die französische Seite davon überzeugte, dass eine Verbindlichkeit der Beschlüsse auch gegen die französische Verfassung verstoßen würde und damit der *conseil constitutionnel* (eine Art Verfassungsgericht, das aber ohne Klage jedes neue Gesetz und Abkommen auf Verfassungstreue prüft) vermutlich das komplette Abkommen kassieren würde, ließ die Etablierten von der Errichtung eines verbindlichen Gremiums abkommen. Im Hinterzimmer wird die Souveränität Deutschlands bewahrt.

Die nun eingerichtete Parlamentarische Versamm-



lung trifft sich mit insgesamt 100 Abgeordneten zweimal im Jahr, um dort Themen von deutsch-französischem Interesse zu beraten. Wirklich erquickend waren die Debatten nie; gegen den ursprünglichen Beschluss des Vorstands wurden nun auch Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen eingerichtet. Sie sollen Vorlagen für die deutsch-französische PV ausarbeiten, die dann in den Ausschüssen des Bundestags und der Assemblée nationale behandelt werden sollen. Eine Umsetzungspflicht ist damit nicht mehr verbunden.

Die deutsch-französische Parlamentarische Versammlung ist ein Symbolprojekt, das jede Menge Geld verschlingt, mit dem Versuch, die deutsche und die französische Politik auf jeden Fall aufeinander abzugleichen. Dass dies zu einer Zeit erfolgt, in der Frankreich mit Gelbwesten, riesiger Staatsverschuldung und nun auch ernsthaften Coronaproblemen in einer tiefen Krise steckt, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Macron weiß schon, warum er von einer deutsch-französischen Arbeitslosenversicherung und anderen Projekten träumt.



**Code scannen und anschauen:**

**Rede in der deutsch-französischen Parlamentarischen Versammlung**



## IV. PARTEI- UND WAHLKREISARBEIT

### Das Politische Kultur- und Seminarzentrum Falkenberg/Elster

Politik ist nicht fair. Schon gar nicht der politische Gegner gegenüber der AfD als einzig wahrer Oppositionspartei. Die Antifa bedroht mit der „bürgerlichen Mitte“ zusammen immer eindringlicher die Wirte, die an die AfD vermieten, und die stärkste Oppositionspartei im Deutschen Bundestag verliert immer mehr Orte, an denen sie tagen, Veranstaltungen und Arbeitstreffen abhalten kann. Ich habe selbst schon miterlebt, wie ich auf Wunsch zweier völlig betrunkener Männer mit einer Gruppe von AfD-Mitgliedern eines Restaurants verwiesen worden bin. Die AfD-Fraktion wiederum plante bereits zweimal eine Fraktionsklausur. Nachdem das Hotel an der Ostsee kurz vor der Klausur abgesagt hatte, entschlossen wir uns, nach Stettin zu gehen. Doch selbst dort setzte die Antifa das Hotel dermaßen unter Druck, dass selbst das polnische Refugium seine Tore verschloss. Zwei Termine meiner Bayerntour vor der Kommunalwahl 2020 fielen weg, weil die Wirte kurzerhand absagten.



Räume sind unverzichtbar für das politische Wirken unserer Partei, und eigene Immobilien sind das Gebot der Stunde, wenn die Anmietung von Veranstaltungsorten nicht mehr möglich ist. Aus diesem Grund habe ich mich dafür entschieden, meine kompletten Einnahmen in ein Immobilienprojekt zu investieren, das neben meiner Wahlkreisarbeit vorrangig den Menschen vor Ort, der Partei, der Fraktion und den parteinahen Stiftungen zugutekommen wird.

Nach langer Suche habe ich 2019 einen ehemaligen Festsaal am Stadtpark der Eisenbahnerstadt Falken-

berg/Elster erworben. Das stark renovierungsbedürftige Objekt wird seither saniert und die Nutzungsgenehmigung bei den Behörden aktualisiert. Nach der Corona-Pandemie wurde dieses Objekt als Politisches Kultur- und Seminarzentrum Kleinwächter am 12.9.2020 eröffnet. Neben dem existierenden Landesgruppen-Wahlkreisbüro in Cottbus (Mühlenstraße 44) wird es als ständiges Wahlkreisbüro fungieren. Zudem werden im Saal, der bis zu 100 Personen fasst, regelmäßig politische Veranstaltungen stattfinden. Auch für die Partei und Fraktion ist der Saal als externes Tagungsgebäude ideal: Es befindet sich nur 5 Minuten vom Bahnhof weg, der von verschiedenen Bahnlinien direkt aus Berlin und Leipzig bedient wird.



Die „Feuertaufe“ überstand das Gebäude vor seiner Renovierung bereits bei einer kommunalpolitischen Fortbildungsveranstaltung für die 2019 frisch gewählten Mandatsträger in Brandenburg.





## Brandenburg: Initiative gegen Rundfunkgebühren

Wer kennt nicht die aufdringlichen Zahlungsaufforderungen der öffentlichen Rundfunkanstalten? Die Medien greifen dem Bürger für die Bezahlung ihrer immer weniger nachgefragten Dienstleistungen gnadenlos in die Tasche. Es spielt keine Rolle, ob man die staatlichen Medienangebote konsumiert oder Empfangsgeräte hat. Die Anstalt besteht auf der „Rundfunkgebühr“ genannten Zwangsabgabe für die meist als Hofberichterstatter der Regierung auftretenden öffentlich-rechtlichen Medien. Wir haben zusammen mit Parteifreunden auf Bundes- und Landesebene einen Verein gegründet, der sich zum Ziel gesetzt hat, die Rundfunkbeiträge zu kippen. Mit Hilfe der Bürgerinitiative „Genug GEZahlt - stoppt die Rundfunkgebühren“ soll die Landesregierung zur Kündigung aller Rundfunkstaatsverträge gezwungen werden. Ziel ist nicht die Abschaffung öffentlich-rechtlicher Sender, sondern die maßvolle Reduktion der zahlreichen Sendeanstalten und Kürzungen im überbordenden Personalbudget. Bisher wurden über 16000 Unterschriften gesammelt. Es wird noch einiges zu tun sein, um auf die notwendigen 80000 Unterschriften zu kommen, die für die Durchführung des Volksbegehrens erforderlich sind. Im nächsten Schritt würde die Volksabstimmung eingeleitet werden.



Die AfD-Fraktion im brandenburgischen Landtag ist zuversichtlich, dass die Initiative von einem großen Teil der Brandenburger unterstützt wird. Viele Menschen sehen nicht ein, dass sie Journalisten, die unsachliche und parteiliche Darstellungen verbreiten, ja einzelne Betroffene sogar diffamieren, dafür auch noch bezahlen sollen. Brandenburg könnte in der Bundesrepublik Vorreiter für die Abschaffung der Gebühren und die Einschränkung des Staatsfunks werden. Dass unsere Initiative jetzt auch von anderen Bundesländern aufgegriffen wurde, stimmt uns zuversichtlich.

## Ausgewählte Aktivitäten in den Brandenburgischen Wahlkreisen

- 23. Juni 2018 „Fußball und Politik in Hirschfeld (EE)“

Freilichtveranstaltung mit Liveübertragung des WM-Fußballspiels Deutschland - Schweden, mit politischem Statement, Gewinnspiel und signiertem Fußball als Preis.



## IV. PARTEI- UND WAHLKREISARBEIT

- 31. Dezember 2018 „Silvester einmal anders“

Feier im Bundestag mit ausgewählten Gästen und parlamentarischem Rück- und Ausblick durch den Abgeordneten

**Feiern Sie mit mir ins Jahr 2019!**

Hiermit lade ich Sie sehr herzlich zu einer gemeinsamen Silvesterfeier im „Aquarium“ ein. Die Feier findet im Jakob-Kaiser-Haus, mit Blick auf den Reichstag und die Silvesterfeier am Brandenburger Tor, statt. Es wird ein leckeres Buffet, Sektempfang und tolle Musik geben, um das neue Jahr ausgelassen zu empfangen.

Ich freue mich über Ihr Kommen!  
Ihr Norbert Kleinwächter

**Ort:**  
Jakob-Kaiser-Haus  
Raum 6554-6556

**Programm:**  
19 Uhr  
politisches Statement  
20 Uhr  
Silvesterempfang



THEM: KIN BI 2018/19 KIN BUNDETAG

- 14. April 2019 „Politisches Fest“ in Trebbin

Diskussionsveranstaltung mit umfangreichem Bühnenprogramm bei Kaffee- und Kuchenbuffet. Das Clauerthaus wurde voll, auch ohne den märkischen Narren.



**Code scannen und anschauen:**

**Politisches Fest im Clauerthaus Trebbin**



- 01.05.2019: Demonstration zum 1. Mai in Cottbus



- 16.06.2019 „Baustellenseminar Direktkandidaten“ in Falkenberg

Der Wahlkampf mit täglichen Einsätzen stand vor der Tür und das neue noch im Aufbau befindliche ‚Politische Seminar- und Kulturzentrum‘ bot mit einem großen kulinarischen Angebot den Rahmen für ein Seminar, an dem Kommunalpolitiker und Direktkandidaten teilnahmen.



- August/September 2019 Über 30 Veranstaltungen zur Wahlkampfunterstützung zur Landtagswahl: Auftritte auf Großveranstaltungen, Demo-Reden, Stammtische.

- Dezember 2017/2018/2019 „Weihnachtsliedersingen im Klaviersaal des Bundestages“

Volkslieder, Gedichte, politische Betrachtungen zur Weihnachtszeit und Andacht in festlicher Atmosphäre. Das Heft mit den Weihnachtsliedern wurde vom Abgeordneten selbst zusammengestellt.

 **Code scannen und anschauen:**  
**Weihnachtsliedersingen 2019**



# IV. PARTEI- UND WAHLKREISARBEIT

## ÜBERSICHTEN

---

### Besuchergruppen:

346 Besucher im Rahmen eines Gruppenbesuches, davon drei Schulklassen mit insgesamt 68 Kindern und sechs Lehrern.

Gesetzentwürfe: 10

Anträge: 118

Anfragen: 54

Positionspapiere: 2

Reden im Bundestag: 31

Veranstaltungen: 86 organisierte Stammtische und Bürgerdialoge

### Die wichtigsten Reden

21. November 2017

#### **Zum Bundeswehreinsatz Counter-Daesh**

In meiner ersten Bundestagsrede kritisiere ich scharf den Rechtsbruch der Bundesregierung durch den Bundeswehreinsatz im Irak und in Syrien.

„Nein, man kann nicht glaubwürdig den IS als Feind erkennen und zugleich pauschal verkünden, der Islam gehöre zu Deutschland.“

Code scannen und anschauen:



12. Dezember 2017

#### **Netzwerkdurchsetzungsgesetz**

Nachdem Dr. Johannes Fechner (SPD) in unerträglicher Weise die AfD attackierte, entlockte ich ihm durch meine Zwischenfrage die steile Aussage:

„Die Zeiten der Sippenhaft sind leider vorbei.“

Code scannen und anschauen:



18. Januar 2018

#### **Zum Arbeitsprogramm 2018 der EU-Kommission**

In seinem letzten Arbeitsprogramm forderte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Parteien, die nicht europafreundlich sind, die Finanzierung zu entziehen.

„Mit dieser Kommission, meine Damen und Herren, ist der demokratische Wert der EU auf den Nullpunkt gesunken.“

Code scannen und anschauen:





22. März 2018

### ***Aussprache zur Regierungserklärung Finanzen und Haushalt***

Die Absicht, die EU-Mittel deutlich zu erhöhen und dafür die Steuerbelastung auf einem hohen Niveau zu halten, kommentiere ich in dieser Rede.

*„Ich frage Sie, Herr Scholz: Glauben Sie ehrlich, dass Sie dieses Geld wiedersehen? Die Bürgschaften werden doch fällig werden. Spätestens dann gehört zur Wahrheit, dass Sie Ihre vielen Versprechungen nicht halten können.“*

Code scannen und anschauen:



19. April 2018

### ***Global Compact for Migration***

Auf UN-Ebene beteiligte sich die Bundesregierung daran, einen globalen Migrationspakt zu schaffen. Wir forderten ganz klar: Keine Verlagerung nationaler Zuständigkeiten bei der Zuwanderung auf die transnationale Ebene!

*„Jeder hat das Recht, in das Land seiner Staatsbürgerschaft zurückzukehren. In ein anderes Land aufgenommen zu werden, ist hingegen ein Privileg. Die Entscheidung über diese Aufnahme ist ein Grundpfeiler der Souveränität eines Landes.“*

Code scannen und anschauen:



27. April 2018

### ***Reform der Befristungsregelungen***

Mitte des Jahres 2018 entbrannte eine Debatte um die sachgrundlose Befristung und die Befristung mit Sachgrund. Dazu habe ich einen Gesetzesentwurf eingereicht, den ich auch im Plenum begründet habe.

*„Lassen Sie uns die Regeln, die bisher für die sachgrundlose Befristung galten – maximal 24 Monate mit maximal drei Verlängerungen – verallgemeinern.“*

Code scannen und anschauen:



7. Juni 2018

### ***Deutsch-französische Reformpartnerschaft***

Die Grünen und die FDP forderten in umfangreichen Anträgen, Deutschland solle sich mit Frankreich für eine Reform der EU in ihrem Sinne einsetzen: eine Litanei der falschen Ideen.

*„Juncker und Macron sind Sonnenkönige einer pervertierten europäischen Idee, und die FDP ist deren Prinzessin, wie sie durch ihren Antrag eindrucksvoll beweist.“*

Code scannen und anschauen:



28. September 2018

### ***Änderung des Teilzeit- und Befristungsrechts***

Die Bundesregierung brachte einen Gesetzesentwurf ein, mit dem Arbeitnehmer die Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit fordern können; eine völlig kontraproduktive Idee.

*„Sie tun letztendlich nichts anderes, als ihre eigene hier bewiesene Diskursunfähigkeit auf das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu übertragen.“*

Code scannen und anschauen:



## IV. PARTEI- UND WAHLKREISARBEIT

18. Oktober 2018

### *Rückkehrabkommen für syrische Flüchtlinge*

Ich beantragte mit weiteren Abgeordneten der AfD einen Sechs-Punkte-Plan zur Rückführung syrischer Flüchtlinge, damit sie freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren können.  
*„Wir wollen Sicherheit für die Menschen, die freiwillig zurückwollen. Das ist im Interesse Deutschlands, das ist im Interesse der Menschen.“*

Code scannen und anschauen:



21. November 2018

### *Kanzlerdebatte*

Die spontanste Rede meiner Karriere: Nach Eröffnung des Tagesordnungspunkts sagte ein Kollege seine Rede ab und ich sprang ein. 2 Minuten, vorbereitet in 5 Minuten. Und das in der zentralsten Debatte überhaupt: Der um den Kanzlerhaushalt, als Redner direkt nach den Fraktionsvorsitzenden.

*„Sie sollten mal begreifen: Im europäischen Kontext national zu handeln, bedeutet nicht, gegen jemanden, sondern für das eigene Land und damit indirekt für alle zu handeln.“*

Code scannen und anschauen:



12. Dezember 2018

### *Befragung der Kanzlerin*

Kritische Frage an die Kanzlerin ob ihrer Verhandlungen zugunsten einer Wirtschafts- und Währungsunion in der EU.

*„Nehmen Sie zur Kenntnis, dass es Zeit ist, dass Sie weg sind?“*

Code scannen und anschauen:



13. Dezember 2018

### *EU-Gasgeräteverordnung und Änderung in den SGB IX und XII*

In diesem Mantelgesetz wurde die Umsetzung einer CE-Zertifizierungsvorschrift mit Änderungen im Behindertenrecht verknüpft.

*„Und mal ganz ehrlich: Glauben Sie, dass diese Bundesregierung eine überdurchschnittliche Leistung erbringt? Ich glaube das nicht.“*

Code scannen und anschauen:



17. Januar 2019

### *Zustand der EU und deutsch-französische Sonderwege*

Merkel und Macron stehen kurz vor der Unterzeichnung des Vertrags von Aachen, der hochproblematische Festlegungen für das deutsch-französische Verhältnis enthält.

*„Die Ortswahl? Macrons Idee. Der Vertrag? Macrons Idee. Die Zielsetzung? Macrons Idee. Seine Idee einer vertieften Europäischen Union – Deutschland zahlt, Frankreich schafft an – soll mit aller Vehemenz durchgesetzt werden.“*

Code scannen und anschauen:





21. Februar 2019

***Vermeintliches Abkommen mit Frankreich im Verteidigungsbereich***

Recherchen deckten auf, dass Macron Merkel ein geheimes Zusatzdokument für die Unterzeichnung des Aachener Vertrages abgerungen hat, das die deutschen Vorgaben für Rüstungsexporte aushebelt.

*„Wir wollen keine Deals gegen unsere Prinzipien. Wir wollen keine Hinterzimmerpolitik.“*

Code scannen und anschauen:



21. Februar 2019

***Gesetz zu Übergangsregelungen nach dem Brexit***

Die Regierung legte ein Brexit-Übergangsgesetz vor, das vorsah, dass Menschen noch länger doppelte Staatsbürgerschaften beantragen können.

*„Ich sage Ihnen deutlich: Der Brexit ist der Brexit. Der 30. März 2019 verändert die Rechtslage drastisch, übrigens gewollt und bewusst. Erkennen Sie das endlich mal an! Tun Sie nicht so, als ob es weiterginge wie bisher; denn das wird es nicht, und das soll es nicht.“*

Code scannen und anschauen:



15. März 2019

***Ein Europa der Zusammenarbeit souveräner Nationen***

In unserem Antrag, der hier in zweiter Lesung vorlag, fordern wir eine reformierte EU mit wenigen Zuständigkeiten und viel bilateraler Zusammenarbeit statt des Brüsseler Organisationskomplexes.

*„Die Europäische Union raubt den Menschen Wohlstand, Sicherheit und Identität. Sie macht ihnen ihre Heimat unheimlich.“*

Code scannen und anschauen:



20. März 2019

***Deutsch-französisches Parlamentsabkommen***

Begleitend zum Vertrag von Aachen wurde zwischen der Assemblée nationale und dem Deutschen Bundestag ein Parlamentsabkommen beschlossen, das eine geregelte Zusammenarbeit beschließt, allerdings zum Ziel hat, die souveränen parlamentarischen Entscheidungen auszuhebeln. Dies lehnte die AfD natürlich ab.

*„Es müssen sich nicht alle heiraten, die einmal zusammen gähnen“, bemerkte Ovid. Nur weil in der Europäischen Union alles kriselt und es mit der Integration nicht so recht vorangehen mag, weil sie eben auch nicht funktioniert, brauchen wir keine grundlegende Veränderung der deutsch-französischen Partnerschaft.“*

Code scannen und anschauen:



## IV. PARTEI- UND WAHLKREISARBEIT

16. Mai 2019

### **Finanzierungslücke bei der Grundrente**

Die Aktuelle Stunde zu den Mondplanungen der Sozialministeriums im Bereich der Rente nutzte ich zu einer Generalabrechnung mit der Sozialpolitik der SPD.

*Von weniger Wert teurer leben und wohnen müssen – das ist das Grundproblem des Euro. Eine Rückkehr zur guten alten D-Mark wäre die beste Politik gegen Altersarmut.“*

Code scannen und anschauen:



26. September 2019

### **Ratifizierung des Vertrags von Aachen**

Der hochproblematische Vertrag von Aachen, den Merkel und Macron unterzeichnet hatten, wurde hier ratifiziert.

*„Im Vertrag von Aachen – das bestätigt ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes – ist eine militärische Bündnisverpflichtung integriert, und das bedeutet: Wenn in Paris ein iranischer Terrorangriff oder ein russischer Cyberangriff oder was auch immer passiert, dann sind wir zur militärischen Hilfeleistung verpflichtet, dann gehen unsere Soldaten gen Iran oder gen Moskau. Wollen Sie das?“*

Code scannen und anschauen:



8. November 2019

### **Deutsches Auslandsschulwesen stärken**

In einem völlig verfehlten Antrag wollten CDU, SPD und Grüne gemeinsam einen Antrag beschließen lassen, der ihrer Ansicht nach das deutsche Auslandsschulwesen stärkt.

*„Mal ehrlich, liebe Kollegen: Wollen Sie wirklich, dass der Deutsche Bundestag diesen geistigen Tieflug feststellt? Pädagogen würden hier von externer Kausalattribution sprechen.“*

Code scannen und anschauen:



13. November 2019

### **Sozialversicherungsabkommen mit der Ukraine**

Die Regierung ließ ein Sozialversicherungsabkommen mit der Ukraine ratifizieren, das allerdings hochproblematische Regelungen enthält. So können etwa Rentenansprüche übertragen werden, was Pull-Faktoren für zeitweise Arbeit erzeugt.

*„Ein drei Jahre lang in Deutschland erzogenes Kind ist so viel wert wie der Rentenanspruch aus 43 ukrainischen Arbeitsjahren.“*

Code scannen und anschauen:



14. November 2019

### **Soziale Garantien ohne Sanktionen**

Die Grünen und die Linken forderten, Sanktionen im Hartz IV-System abzuschaffen.

*„Die Grünen und die Linken sind geradewegs auf dem Weg ins Paradies. Sie wollen soziale Garantien ohne Sanktionen. Sie wollen also auf Deutsch übersetzt, dass Hartz-IV- und Sozialhilfeempfängern rein gar nichts passiert, wenn sie Termine schwänzen, wenn sie keinen Bock auf Arbeit haben und wenn sie auf Steuerzahlerknete ausschlafen. Blöd sind die 92 Prozent Leistungsempfänger, die ehrlich und sanktionsfrei sind. Blöd ist vor allem der, der morgens um 5 Uhr aufsteht und das alles finanziert.“*

Code scannen und anschauen:





15. November 2019

### ***Bundesbeteiligung an den Integrationskosten***

In einem Gesetzentwurf der Bundesregierung wurden Zahlungen in Höhe von 1,2 Mrd. Euro an die Kommunen festgelegt, um Integrationskosten für anerkannte Asylbewerber zu erstatten.

*„Integrationsausgaben haben so wenig in irgendeinem Etat zu suchen wie Drogendealer im Görlitzer Park. Asyl ist ein Bleiberecht auf Zeit. Diese Leute sollen wieder gehen. Das bedeutet: Wir brauchen auch keine Integration.“*

Code scannen und anschauen:



11. Dezember 2019

### ***Bekämpfung von Altersarmut***

In der Aktuellen Stunde lege ich dar, wie konkret Altersarmut bekämpft werden kann.

*„Runter mit den Ausgaben und raus aus dem Euro.“*

Code scannen und anschauen:



17. Januar 2020

### ***Deutsche Ratspräsidentschaft zur Klimapräsidentschaft machen***

Die Grünen legten einen geradezu absurden Antrag vor und forderten, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft zur Klimapräsidentschaft zu erheben und dabei allerlei ideologischen Unsinn umzusetzen.

*„Sie fordern letztendlich eine Asylpolitik gemäß der individuellen Präferenzen der Asylsuchenden – doch, das steht so in Ihrem Antrag – und außerdem ein System robuster Zugangswege für nicht und gering qualifizierte Arbeitskräfte. Die, glaube ich, braucht in Deutschland wirklich absolut kein Mensch. Analphabeten aller Länder vereinigt euch – in Europa, wenn es nach Ihnen geht, aber ganz bestimmt nicht mit uns.“*

Code scannen und anschauen:



5. März 2020

### ***Arbeitsprogramm der EU-Kommission***

Die EU-Kommission legte ihr Arbeitsprogramm vor, das die „sozial-ökologische Transformation“ der EU in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellt – eine Transformation, die wir selbstverständlich gänzlich ablehnen.

*„Es geht hier nur um eine Transformation gegen unseren Wohlstand, gegen unsere Demokratie, gegen unsere Verfassung, gegen unsere Bürger, gegen unser Volk, und wir werden laut und immerfort Nein sagen zu dieser Transformation. Wir werden Nein sagen zu dieser Transformation – anders als die FDP. Das ist nicht die EU des Friedens und der Zusammenarbeit, die die Menschen wollen und für die wir stehen.“*

Code scannen und anschauen:



## IV. PARTEI- UND WAHLKREISARBEIT

5. März 2020

### **Attraktivität des Erasmus-Programms sichern**

In meinem eigenen Antrag fordere ich, die Mittel für Erasmus nur dann zu erhöhen, wenn Großbritannien und die Schweiz als Programmländer im Erasmusprogramm erhalten werden.

*„Keine Schweiz und kein Großbritannien? Dann eben auch keine zusätzlichen Mittel. – Das muss die Devise sein.“*

Code scannen und anschauen:



13. März 2020

### **Kurzarbeitergeld in der Corona-Krise und berufliche Weiterbildung**

Die Bundesregierung missbrauchte die Angst in der gerade eingetretenen Lockdown-Situation, um eine sinnvolle Veränderung des Kurzarbeitergelds mit einem grotesken Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der beruflichen Weiterbildung zu verknüpfen.

*„Aber lassen Sie mich trotz aller verbindenden Worte hier ganz klar ausführen: Der zu erwartende Umfang dieser Krise hat ihren Grund in der falschen Politik dieser Bundesregierung. Wenn Menschen ihren Job verlieren, wenn Unternehmer pleitegehen, dann liegt das auch daran, dass Frau Merkel politisch falsch gehandelt hat.“*

Code scannen und anschauen:



14. Mai 2020

### **Europäische Grundwerteinitiative**

Sehenswerter als die Rede selbst, die sich auf einen FDP-Antrag zu einer Grundwerteinitiative bezog, ist der Schlagabtausch mit Alexander Graf Lambsdorff (FDP), der uns vorwarf, mit den Russen zu paktieren, und eine deutliche Antwort bekam.

Code scannen und anschauen:



14. Mai 2020

### **Sofortmaßnahme Armutsbekämpfung bei Rentnern**

Wir als AfD-Fraktion forderten eine Sofortmaßnahme zur Armutsbekämpfung bei Rentnern, nämlich eine Anrechnungsfreistellung in der Grundsicherung.

*„Sie nehmen Geld, das Sie nicht haben, von Leuten, die es sich sehr, sehr hart erarbeiten, und geben es denen, die es nicht brauchen. Da haben wir ein völlig anderes Konzept.“*

Code scannen und anschauen:





28. Mai 2020

### **Solidarische Mindestrente einführen**

Linke und Grüne forderten eine Solidarische Mindestrente bzw. eine „Garantierente“, die wir natürlich ablehnen.

*„Ihre sozialistischen Mindestrentenkonzepte sind ungefähr so, als wenn ich versuche, meinen Durst mit Cola zu stillen.“*

Code scannen und anschauen:



29. Mai 2020

### **Europäische Arbeitnehmerentsendung**

In einem Gesetzentwurf schlug die Regierung Nachbesserungen bei der Arbeitnehmerentsendung vor und feierte dies als großen Erfolg, der es in Wahrheit nicht ist.

*„Letztendlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir keine symptomatische Therapie wie das hier – das verbessert ein bisschen –, sondern wir müssen uns eigentlich darüber unterhalten, dass die EU für viele Bürger keine EU der Freiheit, sondern eine EU der Ausbeutung ist.“*

Code scannen und anschauen:



1. Juli 2020

### **Nachholfaktor in der Rentenreform**

Die FDP forderte, einen Nachholfaktor in der Rente wieder einzuführen.

*„Das System Merkel hat ja nun wirklich ein bisschen was von Pippi Langstrumpf: Man hat funktionierende Systeme, man hat solide Verträge, aber die werden dann irgendwie ausgehöhlt, da werden dann Regelungen teilweise ausgesetzt – na, Herr Straubinger –, nach dem Motto „Ich mach’ mir die Welt, widde widde wie sie mir gefällt“. Wir sehen das in der EU, wir sehen das bei der Euro-Politik, wir sehen das bei der Energiepolitik, wir sehen das bei der Migrationspolitik. Und jetzt haben wir die Regierung mal wieder erwischt: Bundesminister Heil hat 2018 den Nachholfaktor in der Rentenversicherung ausgesetzt, um – ich sage es jetzt mal so deutlich – die Rente zu manipulieren.“*

Code scannen und anschauen:



2. Juli 2020

### **Deutsche Ratspräsidentschaft für ein Europa der Freiheit nutzen**

In unserem Kernantrag zur deutschen Ratspräsidentschaft in der EU stellen wir den ideologischen Transformationsgedanken die Idee eines Europas der Freiheit entgegen.

*„Wenn Freiheit bedeutet, die Möglichkeit zu haben, das nicht zu tun, was man nicht will, dann müssen wir die Europäische Union als Instrument der Unfreiheit erkennen.“*

Code scannen und anschauen:



## IV. PARTEI- UND WAHLKREISARBEIT

**Vielen Dank für Ihr Interesse!**



